



Suchergebnisse: Revolutionäre

20. September 1378 – Zwei Päpste konkurrieren untereinander

Fondi * Die protestierenden Kardinäle verlassen den päpstlichen Hof, schließen sich mit den Franzosen zusammen und wählen in Fondi Robert von Genf zum Papst Clemens VII.. Damit ist das Schisma besiegelt: Zwei Päpste konkurrieren um den Anspruch, der „wahre Inhaber der kirchlichen Höchstgewalt“ zu sein. Das Abendländische Schisma unterscheidet sich gegenüber früheren Kirchenspaltungen fundamental. Waren es in vergangenen Zeiten meistens Könige und Kaiser, die im Streit mit dem Papst ihnen genehme Gegenpäpste einsetzten, so war die jetzige Trennung aus der Mitte der Kirche entstanden. Außerdem gleicht es einem revolutionärer Akt, dass sich das Kardinalskollegium selbst die Kompetenz zusprach, einen Papst abzusetzen und einen Nachfolger zu wählen. Frankreich, England und Spanien erklären Clemens VII. zum rechtmäßigen Papst. Das deutsche Reich ist uneins, aber Kaiser Carl IV. und sein Nachfolger Wenzel unterstützten Urban VI., ebenso Schottland, Ungarn und weitere Territorien.

1740 – Kurfürst Clemens August gründet den Mopsorden

Köln * Der Kölner Kurfürst und Fürsterzbischof Clemens August gründet - nach dem päpstlichen Verbot der Freimaurer - als Ersatz den Mopsorden. Es handelt sich dabei um einen für Männer und Frauen gleichsam zugänglichen Orden, der vermutlich auch am Münchner Hof Verbreitung findet. Um den Papst nicht erneut zu erzürnen, ersetzt man den Eid der Freimaurer durch das Ehrenwort der Geheimhaltung und nimmt - am Anfang - nur Katholiken in den Logen auf. Um die ganze Angelegenheit als harmlos und ungefährlich hinzustellen, befürwortet man den Zutritt der Damen. Dabei ist gerade dies eine fast revolutionäre Tat, da den Möpsinnen alle Grade der Loge offen stehen und die Ämter paritätisch besetzt werden. Der Name Mopsorden geht auf die im 18. Jahrhundert vorhandene Begeisterung für die gleichnamigen Hunde zurück. Zugleich steht die französische Bezeichnung für die Ehefrau eines Freimaurers Pate: Mopse. Das Brauchtum ist von „einer gewissen galanten Laszivität, wie sie dem Geschmacke des Rokoko entsprach“. Der Zirkel in der Mopsloge soll Folgendes lehren: „Gleich, wie alle Durchschnitte des Kreises durch seinen Mittelpunkt gehen, müssen alle Handlungen eines Mopses aus einer Quelle gehen, nämlich der Liebe.“

11. September 1789 – Schriften mit revolutionären Inhalten



München * Kurfürst Carl Theodor verbietet alle Schriften mit möglicherweise revolutionären Inhalten. Ein im Herzogspital gefundenes Flugblatt in Form eines Gebetes wünscht sich sogar die französische Revolutionsarmee herbei.

19. Februar 1790 – Einfuhr und Verbreitung von revolutionären Schriften mit Strafe belegt

München * Die Einfuhr und die Verbreitung von Schriften mit revolutionärem Inhalt wird durch Kurfürst Carl Theodor verboten und mit Strafe belegt.

23. Oktober 1790 – Einfuhr von Büchern und Schriften aus Nürnberg verboten

München - Nürnberg * Kurfürst Carl Theodor untersagt die Einfuhr von Büchern und Schriften aus Nürnberg. Die Reichsstadt hatte sich nicht zu Zensurmaßnahmen bewegen lassen und wurde dadurch immer mehr zu einem Einfallstor für revolutionäres Gedankengut nach Baiern.

5. April 1792 – Der Ausbau des Torweges am Isartor wird wieder eingestellt

München-Isarvorstadt * Das Projekt „Ausbau des Torweges am Isartor“ wird wieder eingestellt, nachdem sich weite Bevölkerungskreise gegen die Entfestigungsmaßnahmen ausgesprochen haben und der Ausbruch der Koalitionskriege gegen das revolutionäre Frankreich das Vorhaben in einem neuen Licht erscheinen lässt.

5. April 1795 – Preußen schließt mit Frankreich einen Separatfrieden

Basel - Berlin - Paris * Das Königreich Preußen schließt im Frieden von Basel mit Frankreich einen Separatfrieden und einen Neutralitätsvertrag - und lässt damit die anderen Reichsfürsten alleine. Außerdem wird in dem Vertrag das revolutionäre Frankreich als gleichberechtigte Großmacht anerkannt.

15. August 1800 – Die Münchner Patrioten wenden sich an General Decaën

München * Eine Delegation der Patrioten wendet sich an General Charles Matthieu Isidore Decaën und bittet ihn um Unterstützung für einen Aufstand gegen den Kurfürsten und seiner



Regierung. Der General reagiert reserviert, da die französische Regierung keinen Aufstand unterstützen will, sondern vielmehr einen allgemeinen Frieden anstrebt. Er gibt zu Bedenken, dass eine Revolution zur Beseitigung von Missständen ein unabwägbares Risiko darstellt. Dagegen würde der weniger gewaltsame Weg von Reformen größere Erfolgsaussichten bieten. Bei einer Revolution wüsste man nie, was als Ergebnis herauskomme.

Außerdem sei Baiern zu schwach, um alleine gegenüber Preußen und Österreich eine Veränderung seiner Staatsform durchzuführen. Dass General Decaën mit seinen Aussagen strikt der französischen Konsulatsregierung Napoléons folgt, ist den Revolutionsführern, die sich selbst Münchner Jakobiner nennen, in keinsten Weise bewusst. Sie sehen in den französischen Generälen noch immer die Repräsentanten der Revolution. Doch Frankreich hat sich schon längst von den politischen Zielen des Nationalkonvents entfernt, dem es im Jahr 1792 noch um die Verbreitung der revolutionären Ziele und um die Befreiung der unterdrückten Nationen gegangen ist. Im Gegenteil, Frankreich will inzwischen die Entstehung einer großen süddeutschen Republik mit allen Mitteln verhindern und stattdessen zu separaten Bündnissen mit den einzelnen deutschen Fürsten gelangen.

18. August 1800 – Die Münchner Revolutionäre wenden sich an Marschall Moreau

München * Weil die - von überkommenen Voraussetzungen ausgehenden - Münchner Revolutionäre von dem Gesprächsergebnis mit General Decaën nicht einverstanden sind, wenden sie sich wenige Tage später an Decaëns Vorgesetzten, den Oberbefehlshaber Marschall Jean-Victor-Marie Moreau. Der Franzose empfängt die Delegation, nimmt aber - bestürzt von der Entschlossenheit der Münchner Bürger - Kenntnis von deren Vorhaben, dem Kurfürsten und seiner Familie die Rückkehr nach München zu verwehren und dafür eine Tochterrepublik unter französischer Protektion zu errichten. Marschall Moreau gibt zu Bedenken, dass er nach Baiern geschickt worden sei, um den Feind zu bekämpfen und nicht, um eine Republic zu gründen. Man sollte deshalb die Revolutionspläne doch noch einmal reiflich überdenken. Das war freilich genau das, was die hochmotivierten Revolutionäre nicht hören wollten.

20. August 1800 – Der Plan eines republikanischen Umsturzes ist gescheitert

München * Als die Münchner Bürger-Delegation Moreau nochmal aufsuchen will, lässt er sie nicht mehr vor. Verärgert lässt ihnen der französische Oberbefehlshaber ausrichten, er würde sie, falls sie ihn nochmal belästigen sollten, die Treppe hinunterwerfen lassen. Schroffer kann die Abfuhr nicht ausfallen. Die französische Besatzungstruppe hat kein Interesse an einer Kooperation mit



den Rebellen. Gegenüber dem Münchner Bürgerwehr-Kommandanten Felix Joseph Lipowsky ruft Moreau aus: „Mein Gott! Man weiß nicht was man will! Eine Republik kostet viel Blut, wir haben sie“. Damit ist der Plan eines republikanischen Umsturzes gescheitert. Scheinbar ist die Unzufriedenheit über die kurfürstliche Politik doch nicht so stark und so verbreitet, dass sie eine Aufstandsbewegung wirklich getragen hätte.

30. Mai 1814 – Die Befreiungskriege sind beendet

Paris * Mit dem Ersten Frieden von Paris werden die napoleonischen Befreiungskriege beendet. Es ist ein Versöhnungsfrieden, der Frankreich als Großmacht in den Grenzen von 1792 bestehen lässt. Das Land erhält sogar besetzte Kolonien und Handelsniederlassungen zurück. Der Erste Pariser Frieden legt in einer völkerrechtlich verbindlichen Formel fest: „Die Staaten Deutschlands werden unabhängig und durch ein föderatives Band vereinigt sein.“ Damit ist die Restauration der vorrevolutionären Verhältnisse des alten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation ebenso ausgeschlossen, wie die Gründung eines deutschen Einheitsstaates. Durch die von Napoleon initiierte große Flurbereinigung der deutschen Landkarte ist die Zahl der deutschen Staaten auf ein überschaubares Maß reduziert worden. Das hat jedoch an den zum Teil enormen Größenunterschieden nichts geändert. Durch die erheblich vergrößerten süddeutschen Mittelstaaten Bayern, Württemberg, Baden und anderer war ein neuer Machtfaktor entstanden. Die Neuordnung erfolgt freilich unter den Eindrücken der bürgerlichen Reformprojekte der Französischen Revolution, die bereits zuvor in den deutschen Einzelstaaten Resonanz gefunden und dort manche Impulse zur Modernisierung der Staats- und der Gesellschaftsordnung ausgelöst hat.

8. Juni 1820 – Die Wiener Schlussakte sichert die Baierische Verfassung

München - Wien * Die Wiener Schlussakte tritt in Kraft. Damit ist die bereits erlassene Baierische Verfassung gesichert. Mit dieser Verfassung steht Bayern an der Spitze des deutschen Konstitutionalismus. Immerhin können sich Österreich und Preußen erst unter dem Eindruck der Revolution von 1848/49 zu Verfassungen durchringen. Bis dahin werden die Konstitutionellen Monarchien argwöhnisch als revolutionäre Gebilde betrachtet.

1. Januar 1848 – Revolutionäre Flugblätter kursieren

Hanau * In Hanau kursiert ein Flugblatt, das mit den Worten endete: „Ihr verfluchten Tyrannen, ihr



Henker des Rechts, ihr schonungslosen Volksschinder, ihr Fürsten, Aristokraten, Pfaffen und Geldsäcke! Das Gericht komme über euch.“ In einem anderen steht zu lesen: „Gebt uns, was wir wollen, die Freiheit, oder wir werden sie uns nehmen!“ In dieser revolutionsbereiten Stimmung wird die Nachricht über die Revolution in Paris auch in München zum Signal des Aufbruchs.

21. Februar 1848 – In Paris kommt es zu öffentlichen Protesten

Paris * Durch die sich in Frankreich verschärfenden sozialen Probleme kommt es ab dem 21. Februar 1848 in Paris zu öffentlichen Protesten, die rasch eine revolutionäre Entwicklung annehmen.

1. März 1848 – Das Ziel heißt: Überwindung der Restaurationspolitik

Deutschland * Innerhalb weniger Wochen greifen die revolutionären Vorgänge auch auf die übrigen Staaten des Deutschen Bundes über. Ein wesentliches Ziel der Märzrevolution ist die Überwindung der Restaurationspolitik, die die Zeit seit dem Wiener Kongress geprägt hat. Einer der bedeutendsten Verfechter der politischen Restauration ist der österreichische Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich. Die Politik der Restauration wurde auf dem Wiener Kongress am 9. Juni 1815 von den meisten europäischen Staaten beschlossen. Sie sollte innenpolitisch und zwischenstaatlich die politischen Machtverhältnisse des Ancien Régime in Europa wiederherstellen, wie sie vor der Französischen Revolution von 1789 geherrscht hatten. Dies bedeutet die Vorherrschaft des Adels und die Wiederherstellung seiner Privilegien. Weiterhin sollte die napoléonische Neuordnung Europas, die mit dem Code civil auch bürgerliche Rechte etabliert hatte, rückgängig gemacht werden. Innenpolitisch wurden im Zuge der Restauration Forderungen nach liberalen Reformen oder nach nationaler Einigung unterdrückt, Zensurmaßnahmen verschärft und die Pressefreiheit stark eingeschränkt. Vor allem die studentischen Burschenschaften sind zu dieser Zeit die Träger der Forderung nach nationaler Einigung und demokratischen Bürgerrechten. In manchen Ländern des Deutschen Bundes lenken die Fürsten rasch ein. Dort kommt es bald zur Errichtung von liberalen „Märzministerien“, die den Forderungen der Revolutionäre nachkommen, durch Einrichtung von Schwurgerichten, der Abschaffung der Pressezensur, und der Bauernbefreiung. Oft bleibt es jedoch bei bloßen Versprechungen.

18. März 1848 – In Berlin kommt es zu einem erbittert geführten Barrikadenkampf



Berlin * In Berlin kommt es in der Nacht vom 18. auf den 19. März zu einem erbittert geführten Barrikadenkampf. Vor dem Berliner Stadtschloss hat sich eine große Menschenmenge versammelt, um auf die Antwort des Königs auf die Märzforderungen der Berliner Bürgerschaft zu warten. Als während der Verlesung eines Patents von König Friedrich Wilhelm IV. zu den Reformen in Preußen auf der anfangs friedlichen Versammlung revolutionäre Parolen laut wurden, fallen zwei - angeblich versehentlich ausgelöste - Schüsse. Das ist das Signal für einen Barrikadenkampf. Innerhalb von wenigen Stunden türmen sich im Zentrum von Berlin die Barrikaden auf. Das Militär geht mit großer Härte und Brutalität auch gegen Unbeteiligte in den Häusern vor. Dennoch kann sich das Militär nicht durchsetzen. Als Bedingung für einen Waffenstillstand muss der König am 19. März seine Truppen abziehen.

20. März 1848 – Die Hoffnungen und Ängste des neu ernannten Königs Max II.

München * Nach 23-jähriger Regierungszeit dankt Ludwig I. ab und überträgt das Herrscheramt an seinen Sohn Max II.. Sein Enkel Ludwig (II.) wird dadurch Kronprinz. Auch wenn sich Max II. nach Außen hin als Musterbild eines bürgerlichen, konstitutionellen Staatsoberhauptes darstellt, so plagt ihn zeitlebens die Furcht, dass ihm von seinem Volk ein ähnliches oder gar schlimmeres Schicksal bereitet werden könnte, wie seinem abgedankten Vater Ludwig I.. Die revolutionären Begleitumstände, die König Max II. auf den Thron verhalfen und seinen Vater vom selben stießen, haben den neuernannten Bayernherrscher geradezu traumatisch geprägt. Er fühlt sich, nachdem auch das Militär auf die Verfassung vereidigt worden ist, „schutzlos der Demokratie preisgegeben“. Doch nachdem sich die revolutionäre Situation wieder beruhigt hat, kann König Max II. seine politischen Visionen endlich in die Tat umsetzen. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Förderung einer bayerisch-monarchischen Gesinnung. Greifbare Formen nehmen das „Athenäum-Projekt“ und der Bau des Prachtboulevards an.

18. September 1848 – Es kommt es zum sogenannten September-Aufstand

Frankfurt am Main * In Deutschland kommt es zum sogenannten September-Aufstand. Dieser beginnt, nachdem sich eine Demonstration in Frankfurt zu einem Barrikadenkampf zwischen revolutionären Arbeitern, Bauern und Handwerkern einerseits und dem preußischen und österreichischen Militär auf der anderen Seite, auswächst. Der Aufstand wird sehr schnell unterdrückt, da die Handwerker, Tagelöhner und Gesellen spontan und planlos vorgehen. Sie haben zwar an rund vierzig Stellen in der Stadt Barrikaden errichtet, aber versäumt, wichtige



militärische Zufahrtswege zu sperren und aus den Dörfern Unterstützung zu holen. Gegen Mitternacht ist der Aufstand niedergeschlagen. Bei den Kämpfen fallen dreißig Aufständische und zwölf Soldaten. Doch mit diesem September-Aufstand sind die revolutionären Veränderungen von Staat und Gesellschaft gescheitert. Den Demokraten geht es nur mehr um die Wahrung der Märzerrungenschaften.

3. Oktober 1849 – Die letzten ungarischen Revolutionäre kapitulieren

Wien * Die letzten ungarischen Revolutionäre kapitulieren gegenüber den Österreichern.

11. Dezember 1852 – König Max II. will die revolutionären Errungenschaften zurückdrehen

München * König Max II. schreibt an seinen Innenminister: „Ich will die gegenwärtige ruhige Zeit nicht ungenützt vorübergehen lassen, um [...] die Regierung der lähmenden und auf geradezu antimonarchische Grundlagen gebauten Gesetze zu entledigen, welche das Jahr 1848 förmlich oktoziert hat.“

25. April 1899 – Die Fußball-Abteilung des TSV 1860 München wird gegründet

München-Isarvorstadt * Die Fußball-Abteilung des TSV 1860 München wird gegründet, was fast einer revolutionären Tat gleichkommt. Doch die Gruppe derer, die hinter dem Fußball herläuft, wird immer größer. Ist schon die Gründung einer Fußball-Abteilung innerhalb eines Turnvereins nicht gerade einfach, so stellt die Suche nach einem geeigneten Spiel- und Trainingsplatz ein weiteres Problem dar. Zur Abhaltung eines geregelten Übungs- und Wettkampfbetriebs braucht ein solcher Verein nicht nur eine beliebige freie Wiese, sondern einen gut planierten und gepflegten Rasen mit einem deutlich erkennbar abgegrenzten Spielfeld. Die Vereine wenden sich deshalb an den Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt München mit der Bitte um Mitbenutzung der bereits vorhandenen und nach den oben genannten Kriterien angelegten Jugendturnspielplätzen. Der Turnverein München von 1860 stellte den Antrag auf Mitbenutzung des nahe dem Vereinsheim an der Auenstraße gelegenen Jugendturnspielplatzes an der Schyrenwiese und kann daraufhin auf dem Schyrenplatz - allerdings unter strengsten Auflagen - üben und Wettkämpfe veranstalten. So darf der Platz nur im Sommerhalbjahr bespielt werden, an Regentagen oder bei noch nicht abgetrockneten beziehungsweise durchweichtem Boden jedoch nicht. Jährlich - bis Mitte April - hat der Verein ein Gesuch einzureichen, in dem er seine Wünsche angibt, an welchem Tag und zu welcher Stunde er



welchen Platz benutzen will. Dabei muss der Sportclub auf die Belegung durch die Schulgruppen Rücksicht nehmen. Nach jeder Benutzung kommt ein Inspektor vorbei, um den Rasen abzunehmen. Dabei kommt es öfter zu Schwierigkeiten, denn dem städtischen Beamten ist „ein geknickter Grashalm fast zu viel“, beschwert sich der FC Bayern, der seinen ersten Übungsplatz ebenfalls auf der Schyrenwiese hat, in einer frühen Festschrift. Die Fußballer des Turnvereins München von 1860 trainieren scheinbar lange Zeit und mit großer Ausdauer nur für sich alleine. Bis zum Frühjahr 1908 spielen die Fußballer in den 1860-Vereinsfarben grün-gold.

28. Juni 1914 – Das Attentat von Sarajevo auf den Erzherzog Franz Ferdinand

Sarajevo * Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este und seine Ehefrau, die Herzogin Sophie von Hohenberg, besuchen die bosnische Hauptstadt Sarajevo. Am Bahnhof besteigen sie ein offenes Auto und lassen sich damit Richtung Rathaus kutschieren. Schon bald nach der Abfahrt misslingt ein erster Attentatsversuch mit einer serbischen Handgranate. Franz Ferdinand kann den Sprengkörper abwehren, sodass er erst hinter dem Auto explodiert. Der Erzherzog kommt mit dem Schrecken davon, absolviert anschließend seinen Empfang im Rathaus und fährt danach im offenen Automobil weiter. Der Wagen des Erzherzogs kommt unmittelbar vor einem besonders entschlossenen Mitglied des Terrorkommandos zum stehen. Der 19-jährige Gavrilo Princip schießt mit seiner 9-mm-Pistole zwei Mal. Der erste Schuss trifft die Herzogin Sophie von Hohenberg in den Unterleib, die zweite Kugel den Erzherzog. Beide Schüsse sind tödlich. Gavrilo Princip ist Mitglied der Organisation „Mlada Bosna“ [„Junges Bosnien“], eines national-revolutionären Netzwerks von Schülern und Studenten. Der Bund strebt die Vereinigung von Bosnien-Herzegowina mit dem Königreich Serbien an. Die selben Ziele verfolgt auch die Terror-Organisation „Vereinigung oder Tod“, auch bekannt als „Schwarze Hand“, ein im Jahr 1911 in Belgrad gegründeter serbischer Geheimbund.

24. März 1916 – 18 SPD-ler aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen

Berlin * In der SPD kommt es im Zusammenhang mit einem Not-haushalt zum offenen Bruch in der Frage der Unterstützung der deutschen Kriegspolitik. Hugo Haase hält im Reichstag eine Anti-Kriegs-Rede, in der er auch die durch die Regierung verschuldeten Zustände von Unterernährung und Hunger unter Teilen der Bevölkerung anklagt. Im Parlament kommt es zu einem Krawall. Der im Rahmen dieser Parlamentssitzung von der Regierung vorgestellte Notetat wird von jenen 18 SPD-Reichstagsabgeordneten, die bereits am 21. Dezember 1915 gegen die Kriegskredite stimmten, ebenfalls abgelehnt. Die anderen SPD-Abgeordneten bewilligen den Regierungsvorschlag. Mit der Begründung von Disziplin- und Treubruch werden



die 18 Abgeordneten in einer anschließenden SPD-Fraktionssitzung aus der Fraktion ausgeschlossen. Die 18 Abweichler bilden daraufhin die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG als Fraktionsgemeinschaft. Sie betrachten sich weiterhin als Mitglieder der SPD. Aus der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geht im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD hervor. Die USPD wird bei den revolutionären Ereignissen in Bayern die entscheidende Rolle spielen. Karl Liebknecht und Otto Rühle lehnen den Anschluss an die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG ab.

26. April 1916 – Die Muttergottes wird zur Patronin des Königreichs Bayern

München - Rom-Vatikan * Papst Benedikt XV. genehmigt dies durch ein Dekret der Ritenkongregation, dass die Muttergottes zur „Patronin des Königreichs Bayern“ wird. Das Königreich wird jedoch bald darauf in den revolutionären Wirren untergehen.

28. Juni 1916 – Karl Liebknecht erstinstanzlich verurteilt

Berlin * Karl Liebknecht wird unter Verlust seines Reichstagsmandats wegen Hochverrats zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Am ersten Prozesstag organisierten revolutionäre Obleute in den Betrieben in Berlin einen spontanen Solidaritätsstreik mit über 50.000 Beteiligten.

12. März 1917 – Das Parlament übernimmt die Regierungsgeschäfte und die Staatsmacht

Petersburg * Der Ältestenrat der Duma konstituiert ein Provisorisches Komitee zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und eröffnet das Parlament; wieder. Dieses übernimmt die Regierungsgeschäfte und die Staatsmacht. Das ist - staatsrechtlich betrachtet - der entscheidende revolutionäre Akt.

9. April 1917 – Die deutsche Regierung forciert die Rückkehr Lenins nach Russland

Schweiz - Deutsches Reich - Russland * Mit Einverständnis und Unterstützung der deutschen Regierung durchquert Wladimir I. Lenin zusammen mit 30 „Revolutionären“ aus der Schweiz kommend im Zug das Deutsche Reich. Deutschland verspricht sich von Lenins Rückkehr eine Verschärfung der innenpolitischen Unruhen in Russland.



16. April 1917 – 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie treten in den Streik

Berlin * In Berlin treten 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie mit 300.000 Arbeitern in den Streik. Es geht um die mangelhafte Lebensmittelversorgung. Der Streik wird von den revolutionären Obleuten, oppositionellen Gewerkschaftsfunktionären, deren Kern die Metallarbeiter bilden, gegen den Willen der Gewerkschaften organisiert.

17. April 1917 – Zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen

Berlin * Am zweiten Tag der Streiks beschließt die Vertreterkonferenz der Gewerkschaften, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem die Regierungs- und Militärbehörden zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen und die Zusage gegeben haben, dass niemand wegen der Teilnahme am Streik zum Militärdienst eingezogen werde. Es wird vereinbart, dass Vertreter der Arbeiter künftig bei der Verteilung der Nahrungsmittel mitwirken sollen. Ein Teil der Betriebe streikt weiter und wird daraufhin unter militärische Leitung gestellt.

18. April 1917 – Eine Verhaftungswelle beendet den Streik

Berlin - Leipzig * Eine Verhaftungswelle beendet den Streik. Zahlreiche Streikende werden zum Militärdienst eingezogen.

9. November 1917 – Regierung der Volkskommissare unter dem Vorsitz von Wladimir I. Lenin

Petersburg * Die siegreichen Revolutionäre in Russland bilden eine Regierung der Volkskommissare unter dem Vorsitz von Wladimir I. Lenin. Sie erlassen ein Dekret über einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.

27. Januar 1918 – Die Berliner revolutionären Vertrauensleute beschließen den Generalstreik

Berlin * Eine Versammlung der der USPD nahestehenden Vertrauensleute aller Berliner Großbetriebe, die sogenannten revolutionären Obleute, beschließt einstimmig, am nächsten Morgen den Generalstreik zu beginnen. Nach Wiener Vorbild wird ein aus 414 Personen bestehender Arbeiterrat gebildet, der einen elfköpfigen Aktionsausschuss aus dem Kreis der revolutionären Obleute wählt. Der Aktionsausschuss fungiert als Streikleitung und wird von



Richard Müller angeführt. Die USPD und die MSPD entsenden zusätzlich noch je drei Vertreter. Als Vertreter der Arbeiterparteien werden die USPD-Reichstagsabgeordneten Hugo Haase, Georg Ledebour und Wilhelm Dittmann sowie die SPD-Vorstandsmitglieder Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Otto Braun hinzugezogen.

28. Januar 1918 – Revolutionäre Obleute organisieren in Russland Massenstreiks

Russland * Revolutionäre Obleute organisieren in Russland Massenstreiks gegen die annexionistische Verhandlungsführung der Mittelmächte in Brest-Litowsk. Die Streiks dauern bis 4. Februar 1918 an.

28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik

Berlin * Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massenstreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.

22. Februar 1918 – Das Kriegsministerium kategorisiert die Streikleitungen

München * Das bayerische Kriegsministerium unterscheidet in seiner Analyse die Streikleitungen in „Führer, die den unabhängigen Sozialdemokraten angehörend, in unmittelbarer Verbindung mit Norddeutschland, vielleicht auch mit dem Ausland stehen und revolutionäre Umtriebe ins



Land hereinbringen. „Den einheimischen Führern der gemäßigten Sozialdemokratie. [...] Sie haben die Bewegung bisher vielfach in besonnene Bahnen gelenkt, vertreten aber natürlich aus parteitaktischen Gründen den Demonstrationsstreik als ein zuverlässiges politisches Mittel. „Der Masse der beteiligten Arbeiterschaft, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen jeder verhetzenden Einwirkung besonders zugänglich ist.“ Und weiter schlägt das Kriegsministerium vor: „Führer der unter 1) bezeichneten Art sind, wenn irgend möglich, aus ihrer Umgebung zu entfernen und zwar solche, die sich eines Vergehens oder Verbrechens schuldig oder dringend verdächtig gemacht haben durch polizeiliche vorläufige Festnahme und Erwirkung eines richterlichen Haftbefehls – Wehrpflichtige durch Einberufung, Versetzung, Abstellung ins Feld -, Nichtbayern durch Aufenthaltsverbot auf Grund Art. 42 des Kriegszustandsgesetzes.“

2. Mai 1918 – Die Münchner USP als Sammelbecken der Revolutionäre

München * Das bayerische Innenministerium schreibt an die Kgl. Regierungen: Die Münchner USPD bildet „das Sammelbecken für alle revolutionär gesinnten Kreise“.

18. Juli 1918 – Staatschef Swerdlow rechtfertigt die Bluttat an der Zarenfamilie

Moskau - Jekaterinburg * Staatschef Jakow Michailowitsch Swerdlow teilt dem Präsidium des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees - GZEK mit, dass sich am Tag zuvor konterrevolutionäre Truppen auf den Weg nach Jekaterinburg begeben hatten und zu befürchten war, dass sie die dort gefangen gehaltene Ex-Kaiserfamilie befreien wollten. Deshalb wurde der Befehl zur Erschießung der Zarenfamilie erteilt.

4. Oktober 1918 – Reichskanzler Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden bildet eine parlamentarische Regierung, die die revolutionäre Bewegung in Deutschland aufhalten soll. Die meisten Staatssekretäre aus der Regierung Hertling bleiben im Amt. Aus den Reihen der Reichstagsmehrheit übernimmt der Zentrums-Abgeordnete Karl Trimborn das Reichsamt des Inneren, der MSPD-Abgeordnete Gustav Bauer übernimmt das Reichsarbeitsamt. Vier weitere Parteienvertreter (Philipp Scheidemann, MSPD; Matthias Erzberger, Zentrum; Adolf Gröber, Zentrum, und Conrad Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP) werden zu Staatssekretären ohne Portefeuille. Dem 16-köpfigen Kabinett Baden gehören neun Parteilose, zwei Fortschrittliche Liberale, ein Nationalliberaler, drei Zentrums-Abgeordnete und zwei Vertreter der größten



Reichstagsfraktion, den Sozialdemokraten, an. Die halbherzige Zusammenstellung der neuen Regierung unter Reichskanzler Max von Baden ist gewiss kein Systemwechsel und Neuanfang. Sie beteiligt halt zusätzlich ein paar Parteienvertreter, die das Image der Reichsregierung aufpolieren sollen.

7. Oktober 1918 – Walther Rathenau verlangt eine allgemeine Volkserhebung

Berlin - Spa * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau gibt in einem Artikel im Berliner Tageblatt zu bedenken, dass die mit Woodrow Wilson auszuhandelnde Waffenstillstands- und Friedensabkommen für die Deutschen bedeuten: eine Zahlung von bis zu 50 Milliarden Mark für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich und den möglichen Verlust von Elsass, Lothringen und Danzig. Er fordert deshalb eine allgemeine Volkserhebung, um die unausweichlichen Waffenstillstandsverhandlungen aus einer Position der Stärke heraus zu führen. Er fordert die Oberste Heeresleitung - OHL dazu auf, die deutschen Armeen hinter die nationalen Grenzen zurückzuziehen, um sie hier für einen neu motivierenden Verteidigungskrieg aufzustellen. Generalquartiermeister Erich Ludendorff und die Oberste Heeresleitung lehnen die Vorschläge als vollkommen unakzeptabel ab, da durch die Unzuverlässigkeit der Soldaten in der Heimat die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nur noch vergrößert werden würde. Walther Rathenaus Thesen stoßen im Volk auf eine breite Resonanz. Er wird zum Wortführer derer, die die Meinung vertreten: Deutschland ist nicht besiegt und braucht deshalb keinen sofortigen Waffenstillstand. Der ultranationalistische und antisemitische Reichsbote und die alldeutsche Deutsche Zeitung vergessen kurzzeitig ihre traditionelle Abneigung gegen Juden und stellen sich hinter Rathenaus Argumentation.

9. Oktober 1918 – Eine revolutionäre USPD-Versammlung

München-Isarvorstadt * Die USPD-Mitgliederversammlung wird im Restaurant Müllerbad in der Hans-Sachs-Straße von über 200 Personen besucht. Die Polizei berichtet darüber: „Die Stimmung der Versammlung muss als durchaus revolutionär bezeichnet werden und erinnerte im allgemeinen an die Zeit kurz vor Ausbruch des letzten Massenstreiks.“ Die im Reich inzwischen eingeleitete formale Parlamentarisierung beeindruckt bei den Unabhängigen niemanden mehr. Alfred Gärtner stellte fest: „Unsere ehemaligen Führer Scheidemann und Genossen sind in die bankerotte Firma eingetreten. [...] Es wird eine Zeit kommen, und die ist nicht mehr ferne, wo Männer wie Scheidemann ganz von der Bildfläche verschwinden müssen. Sie werden dann dort Unterschlupf finden, wohin sie gehören, nämlich in der bürgerlichen Partei, der sie die ganze Arbeiterschaft ausgeliefert haben. [...] Aber es wird nicht mehr lange dauern und die Kerker



werden sich öffnen und alle unsere lieben Kämpfer werden wir dann in unseren Reihen begrüßen können.“

1. November 1918 – Kronprinz Rupprecht warnt vor der Gefahr einer Revolution

Lille * Kronprinz Rupprecht warnt aus seinem Standort Lille an der Westfront vor dem außerordentlichen Ernst der Lage und sieht ein Übergreifen der revolutionären Bewegungen, die in Norddeutschland sich vorbereiten, auch auf das Königreich Bayern. Er bittet seinen Vater König Ludwig III. inständig: „Könntest Du nicht den Kaiser aufsuchen und ihn zu einem Beschlusse bewegen oder ihm doch wenigstens Deine Auffassung der Lage brieflich mitteilen“. Obwohl der greise König gegen die Abdankung des ungeliebten Kaisers keine Einwände erhebt, bleibt er dennoch passiv und untätig.

2. November 1918 – Ein bayerisches Abkommen über parlamentarische Reformen

München-Kreuzviertel * Unter dem Eindruck der revolutionären Unruhen im Deutschen Reich schließt die bayerische Regierung mit Delegierten der im Landtag vertretenen Parteien ein Abkommen über parlamentarische Reformen, in der wesentliche Forderungen der SPD erfüllt werden. Sie beinhaltet: Die Einführung der Verhältniswahl zur Kammer der Abgeordneten. Eine ergiebige Verstärkung der Kammer der Reichsräte durch Vertreter der Gemeinden, der Hochschulen und der wichtigsten Berufs- und Erwerbsstände. Von den Prinzen des Königlichen Hauses gehören nur noch der Kronprinz und fünf weitere der Reichsräte an. Keine weitere Ernennung erblicher Reichsräte. Ein Veto der Reichsräte gegen ein Gesetz kann durch dreimalige Abstimmung der Abgeordnetenversammlung überstimmt werden. Die Einjährige Finanzperiode. Als Minister können nur Personen berufen werden, die das Vertrauen der Kammern des Landtags besitzen. Ein Ministerium für Soziale Fürsorge wird neu gebildet und mit einem Sozialdemokraten besetzt. Ferner sollen vier Abgeordnete als Minister ohne Portefeuille [= Ressort, Ministerium] berufen werden, einer davon aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion. Die notwendige Kabinettsbildung ist für den 8. November angekündigt. Die Verhältniswahl zur Abgeordnetenversammlung ist eine alte sozialdemokratische Forderung und die Vereinbarungen über die Kammer der Reichsräte laufen auf eine Demokratisierung der Kammer der Adeligen und des hohen Klerus hinaus. Dadurch hätte die Bayerische Verfassung zugleich parlamentarisiert werden sollen. Auch die Vorschrift aus dem Wahlgesetz von 1896, wonach kein Abgeordneter zum Minister berufen werden darf, würde durch diese Gesetzesvorlage abgeschafft werden. Über den Königlichen Erlass über die Parlamentarisierung Bayerns soll am 6. November 1918 die Abgeordnetenversammlung abstimmen



und sich am 8. November die Kammer der Reichsräte mit dieser Vorlage befassen. Doch dazu wird es nicht mehr kommen. Obwohl die sozialdemokratische Münchener Post die Vereinbarung als „Beginn der Demokratisierung Bayerns“ feiert, stehen viele Sozis dieser Demokratisierung von oben sehr skeptisch gegenüber.

3. November 1918 – 1.000 Matrosen auf der Durchreise nach Kiel und Wilhelmshaven

Pula - München * Etwa 1.000 Matrosen befinden sich auf der Durchreise von der bisherigen deutschen Werft in dem damals habsburgischen Adria-Hafen Pula in Istrien nach Kiel und Wilhelmshaven. Sie sind von der Kriegseinstellung ihres Verbündeten Österreichs überrascht und nach Kiel in Marsch gesetzt worden, wo ihre Kameraden seit Tagen meuterten, da sie nicht zu einer letzten Seeschlacht gegen England auslaufen wollten. Die Matrosen werden vorübergehend in München in Massenquartieren untergebracht. Die Mannschaften, die ein wärmeres Klima gewohnt sind, beschwerten sich über die kalte, ungemütliche Unterkunft und die schlechte Verpflegung. Die Klagen führen jedoch zu keinem Erfolg. Dadurch schafft man ein zusätzliches revolutionäres Potenzial in München.

4. November 1918 – Der Königliche Staatsrat kommt zu seiner letzten Sitzung zusammen

München-Grägenau * Der Königliche Staatsrat kommt zusammen, um über den Fortgang der Verfassungsreform zu beraten. König Ludwig III. ist - wie seine Berater - der Auffassung, dass den demokratischen Parteien Zugeständnisse gemacht werden müssen, weil alleine damit in dieser Situation dem Staatswohl und der Monarchie gedient werden könne. Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich will etwaige Bedenken gegen die Notwendigkeit einer Parlamentarisierung „unter der Wucht der Ereignisse“ zurückgestellt wissen, da die Wellen einer revolutionären Bewegung jetzt auch auf Bayern übergreifen hätten. Ministerpräsident Otto von Dandl will den demokratischen Parteien so weitgehende Zugeständnisse machen, weil in dieser Situation nur so dem Staatswohl und der Monarchie geholfen werden kann. Vordringlich sei es jetzt, dass unter dem Volk kein Zwiespalt herrsche und die öffentliche Ruhe aufrecht erhalten werde. In der letzten von König Ludwig III. geleiteten Staatsratssitzung zieht der Monarch ein denkwürdiges politisches Resümee: „Wenn der Krieg ein so schlechtes Ende genommen hat, so können wir in Bayern unseren Schild hochhalten; er ist fleckenlos. Bayerns Heer hat sich ruhmreich geschlagen, Bayern trägt keine Schuld. Schuld trägt die unglückselige Politik, die schon vor dem Krieg seitens der Reichsleitung geführt worden ist, und noch mehr die Oberste Heeresleitung, die keinen Maßstab hatte für die Grenzen der eigenen Kräfte. [...] Nach mehr als vierjährigen unerhörten Leistungen und Opfern stehen wir vor einer



Niederlage Deutschlands, die es seit Napoleon nicht mehr erlebt hat. Wir müssen Frieden schließen und zwar unter schlechten Bedingungen.“

5. November 1918 – Dem Vorbild der revolutionären Kieler Matrosen folgen

Hamburg * Der eben aus der Haft entlassene und wegen seiner Beteiligung am Berliner Munitionsarbeiterstreik und des versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilte Wilhelm Dittmann fordert vor einer großen Menschenmenge in Hamburg, dem Vorbild der revolutionären Kieler Matrosen zu folgen. Er verkündet: „Wir stehen vor entscheidenden Wendungen. Der Krieg hat zur Reife gebracht, was sonst noch Jahrzehnte erfordert hätte. Das Alte stürzt, und das Proletariat sieht sich über Nacht vor die Aufgabe gestellt, die politische Macht zu ergreifen. Alle Kleingeisterei und Angst vor der eigenen Unreife gilt es abzulegen.“

6. November 1918 – Ebert: Die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie

Berlin * Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert erscheint in der Reichskanzlei, wo sich auch Generalquartiermeister Wilhelm Groener befindet. Ebert, der die Monarchie als solche noch immer retten will, fordert ultimativ die Abdankung des Kaisers, „wenn man den Übergang der Massen in das Lager der Revolutionäre verhindern will“. Das, so Ebert weiter, ist „die letzte Gelegenheit zur Rettung der Monarchie“. Als Groener den Vorschlag als indiskutabel ablehnt, erklärt Ebert: „Wir danken Ihnen, Exzellenz, für die offene Aussprache und werden uns stets gern der Zusammenarbeit mit Ihnen während des Krieges erinnern. Von nun an trennen sich unsere Wege. Wer weiß, wo wir uns je wieder sehen werden.“

6. November 1918 – Radikale und unbelehrbare Angestellte

München * Das Kriegsministerium berichtet über Berichte von Vertrauensleuten, wonach sich „die Arbeiter weit ruhiger als die Angestellten“ verhalten. Die Angestellten sind „weit radikaler und unbelehrbarer, ja fast ausnahmslos Anhänger der USPD“. Tatsächlich zeigen die wenigen Teilnehmerlisten von USPD-Versammlungen ein eindeutiges Übergewicht von Angestellten und Handwerkern gegenüber der Arbeiterschaft. „Die USPD ist eine Partei von Angehörigen des Mittelstands, die die revolutionäre Potenz der Arbeiterschaft für ihre Revolution verwenden“ will.



6. November 1918 – Weitere revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte bilden sich

Hamburg - Bremen - Wilhelmshaven * In Altona, Bremen, Bremerhaven, Cuxhaven, Flensburg, Hamburg, Neumünster, Oldenburg, Rendsburg, Rostock und Wilhelmshaven erheben sich revolutionäre Arbeiter und Soldaten und bilden Arbeiter- und Soldatenräte.

7. November 1918 – Die Räte sollen den Ablauf des Umsturzes organisieren

München-Ludwigsvorstadt * Der Mathäserbräu wird aufgrund seiner zentralen Lage zwischen Hauptbahnhof, Wittelsbacher Palais, Landtagsgebäude, Außenministerium, Residenz und Polizeipräsidium als Hauptquartier der Revolutionsbewegung ausgewählt. Die Funktion der spontan entstandenen revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte besteht zunächst darin, den Ablauf des Umsturzes zu organisieren und seinen Erfolg sicherzustellen. Die Räte fungieren als Organe der Revolution. Sie leiten umgehend Maßnahmen ein: Bewaffnete Soldaten patrouillieren auf Lastkraftwagen die Nacht hindurch und sollen - wenn nötig - die Ordnung aufrecht erhalten. Vor den wichtigen öffentlichen Gebäuden werden Wachen aufgestellt. Die Verkehrs- und Nachrichtenzentren werden übernommen. Die wichtigen Zeitungsredaktionen und Verlagshäuser werden besetzt, um Bekanntmachungen zu drucken und die Bevölkerung mit Informationen zu versorgen.

7. November 1918 – Thomas Mann beschimpft die Revolutionäre als albernes Pack

München-Bogenhausen * Thomas Mann beschimpft die Revolutionäre als „albernes Pack“.

7. November 1918 – Weitere Arbeiter- und Soldatenräte werden gebildet

Braunschweig - Frankfurt am Main - Hannover - Lüneburg - Schwerin * Unter anderem in Braunschweig, Frankfurt am Main, Hannover, Lüneburg und Schwerin haben sich revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte gebildet.

7. November 1918 – Lorenz Winkler wird Mitglied des Revolutionären Arbeiterrats

München * Lorenz Winkler, der bereits als Aktivist beim Münchner Januarstreik in Erscheinung getreten ist, wird Mitglied des Revolutionären Arbeiterrats.



7. November 1918 – Die Revolutionäre fordern die Soldaten zum Mitmachen auf

München * Unter der Führung von Kurt Eisner, Ludwig Gandorfer, Felix Fechenbach, Hans Unterleitner und weiteren 2.000 Arbeitern und Soldaten ziehen sie zu den Kasernen und überreden die kriegsmüden Soldaten zum mitmachen. Zuerst eine Kraftwagenkolonne in der Kazmaierstraße, dann eine Landsturm-Kompanie in der Gudeinschule. Im weiteren Verlauf schließen sich auch die Truppen in der Marsfeld-Kaserne, Türkenkaserne und der Max-II-Kaserne den Demonstranten an. Unterwegs befreien sie die Kameraden, die wegen irgendeiner Aufsässigkeit im Militärgefängnis einsitzen. Aus Versehen befreien sie die Bewacher gleich mit, die sich beim Herannahen der revolutionären Arbeiter selbst in die Zellen eingesperrt haben.

7. November 1918 – Die Revolutionäre richten im Mathäserbräu ihr Standquartier ein

München * Kurt Eisner und seine Unabhängigen ist es trotz ihrer kleinen Zahl gelungen, die Mehrheitssozialdemokraten auszumanövrieren. Auf dem Weg schließen sich ihnen weitere Arbeiterinnen und Arbeiter, Zivilisten, Männer und Frauen aber auch Kinder an. Auf einmal sind es Zehntausende. Im Mathäser-Bräu richten sie das Standquartier der Arbeiter- und Soldatenräte ein. Oskar Maria Graf schreibt: „Der Marsch hatte begonnen und war unaufhaltsam. Keine Gegenwehr kam. Alle Schutzleute waren wie verschwunden. Aus den vielen offenen Fenstern schauten neugierig Menschen auf uns herunter. Überall gesellten sich neue Trupps zu uns, nun auch schon einige Bewaffnete. Die meisten Menschen lachten und schwatzten, als ging's zu einem Fest. [...] Die ganze Stadt schien zu marschieren.“

7. November 1918 – Der Königliche Staatsrat drängt den König zur Flucht

München-Maxvorstadt * Um 19 Uhr erklärt Kriegsminister Philipp von Hellingrath, er sei machtlos, da ihm in der Stadt keine Truppen mehr zur Verfügung stehen. Er will noch versuchen, mit Truppen außerhalb Münchens in Verbindung zu treten. Ihr Fazit lautet: „Da nach den vorliegenden polizeilichen Meldungen damit gerechnet werden muss, dass die Revolutionäre in der Nacht außer den Ministerien auch die Residenz besetzen und den König sowie die kranke Königin behelligen und versuchen werden, den ersteren zur Abdankung zu zwingen, sind alle Minister der Ansicht, dass der König mit seiner nächsten Familie vorerst bis zur Klärung der Lage München verlasse.“ Ministerpräsident Otto von Dandl und Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich überbringen den Rat an König Ludwig III.. Dieser erklärt sich damit „ohne Weiteres einverstanden“.



7. November 1918 – Die Revolutionäre besetzen den Bayerischen Landtag

München-Kreuzviertel * Gegen 22 Uhr nehmen die Revolutionäre dem völlig fassungslosen Pförtner des Bayerischen Landtags die Gebäudeschlüssel ab. Da nun auch die Bauernräte hinzustoßen, wird ein Provisorischer Nationalrat konstituiert, der bis zur Wahl eines Landtages bestehen bleiben soll.

7. November 1918 – Sämtliche Kasernen sind in der Hand der Revolutionäre

München * Um 21 Uhr sind alle Kasernen in der Hand der Revolutionäre. Der Umsturz ist damit im Wesentlichen vollzogen. Der erste Schritt der Revolution besteht damit aus einer Soldatenmeuterei. Oskar Maria Graf schreibt: „Die meisten Kasernen übergaben sich kampflos. Es kam auch schon ein wenig System in dieses Erobern: Eine Abordnung stürmte hinein, die Masse wartete. In wenigen Minuten hing bei irgend einem Fenster eine rote Fahne heraus, und ein mächtiger Jubel erscholl, wenn die Abordnung zurück kam.“ Im Gegensatz zum Januarstreik wird der Umsturz von Soldaten dominiert. Die im Januar so aktiven Krupp-Arbeiter werden in keinem Bericht erwähnt.

7. November 1918 – Die revolutionären Vorgänge sind in Kiel bereits beendet

Kiel - München * Als in München die revolutionären Vorgänge beginnen, sind sie in Kiel bereits beendet. Der Einfluss von Gustav Noske war so groß, dass er die Revolution in Kiel im Sinne der Obersten Heeresleitung - OHL, der Reichsregierung und der Sozialdemokratischen Partei - SPD „ersticken“ und „zurückrollen“ kann.

8. November 1918 – Zuverlässige Truppen zur Niederschlagung der Revolution in Pasing

Pasing * Am Vormittag werden vermeintlich zuverlässige Truppenteile zur Niederschlagung der Revolution nach Pasing gebracht. Schon bei der ersten Begegnung mit ihren revolutionären Kameraden legen sie ihre Waffen nieder.

8. November 1918 – Die Polizei ist unzureichend und das Militär hat versagt

München * Zwischen Mitternacht und ein Uhr bittet Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich den



Führer der Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer, zu sich. Auer macht deutlich, dass er und seine Partei die „gewaltsame Niederschlagung der Revolution“ und die „Festnahme der Revolutionäre“ noch in der Umsturnnacht dulden werden. Danach können sie nur mehr versuchen - auf der Grundlage der neu geschaffenen Verhältnisse - an der Stabilisierung der inneren Ordnung mitzuwirken. Auf Auer's Frage nach einer aus 500 Mann bestehenden zuverlässigen Truppe, erwidert von Brettreich, dass ihm keine ausreichenden Machtmittel zur Verfügung stehen, um den Umsturz niederzuwerfen. Die Polizei ist unzureichend und das Militär hat gänzlich versagt.

8. November 1918 – Thomas Mann und die Revolutionäre

München-Bogenhausen * Thomas Mann hatte sich während des Krieges als kaisertreuer Anhänger einer elitären, nicht auf demokratischen, sondern oligarchischen Prinzipien [= Herrschaft von Wenigen] beruhenden Gesellschaftsordnung bekannt und zudem die deutsche Kriegspolitik verteidigt. Er schreibt in sein Tagebuch: „München, wie Bayern, regiert von jüdischen Literaten. Wie lange wird es sich das gefallen lassen? [...] Bei uns ist Mitregent ein schmieriger Literaturschieber wie Herzog, der sich durch Jahre von einer Kino-Diva aushalten ließ, ein Geldmacher und Geschäftsmann im Geist, von der großstädtischen Scheißeleganz des Judenbengels, der nur in der Odeonbar zu Mittag aß, aber Ceoni's [Zahnarzt auch der Familie Mann] Rechnungen für die teilweise Ausbesserung seines Klokengebisses nicht bezahlte. Das ist die Revolution! Es handelt sich so gut wie ausschließlich um Juden.“

8. November 1918 – Die MSPD setzt in Regensburg einen Arbeiterrat ein

Regensburg * Meuternde Soldaten lösen in Regensburg die Revolution in aus. Ein durch die örtliche MSPD gegründeter Arbeiterrat setzte sich an die Spitze der revolutionären Bewegung und verhindert, dass es zu Ausschreitungen kommt. Der Arbeiter- und Soldatenrat ordnet sich der Stadtverwaltung unter, um die prekäre Versorgungslage nicht zu gefährden.

8. November 1918 – Erste Sitzung der Revolutionäre im Landtagsgebäude

München-Kreuzviertel * Kurz nach Mitternacht hält der neu gebildete Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat im Sitzungssaal der Abgeordnetenversammlung im Landtagsgebäude an der Prannerstraße - unter der Leitung Kurt Eisners - seine erste Sitzung ab. Kurt Eisner proklamiert die demokratische und soziale Republik Bayern, den Freistaat Bayern. Die Monarchie ist damit



gestürzt, die Republik geboren. In seiner Rede bemerkt Eisner: „Die bayerische Revolution hat gesiegt. Sie hat den alten Plunder der Wittelsbacher Könige hinweggefegt.“ „Bayern ist fortan ein Freistaat“ lautet der dritte Satz eines Aufrufs, der am Morgen des 8. November 1918 auf der ersten Seite der Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlicht wird. Mit dem Begriff Freistaat nimmt Kurt Eisner eine Definition auf, die schon 150 Jahre zuvor für Republik gebraucht wurde. Mit dieser Wortwahl will er aber nicht nur den Unterschied zur Monarchie, sondern auch die Eigenständigkeit Bayerns innerhalb eines deutschen Staatenbundes, der „Vereinigten Staaten von Deutschland“, herausstellen. „Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern“ hat diesen Aufruf „An die Bevölkerung Münchens“ gerichtet. Noch deutlicher ist ein knallrotes Plakat, das bereits in den Straßen Münchens hängt. Ihm können die interessierten Bürger entnehmen: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik!“

9. November 1918 – Der fingierte Thronverzicht

Berlin * Während in den meisten großen deutschen Städten rote Fahnen über den Regierungsgebäuden und Residenzen wehen, beginnen in Berlin die Auseinandersetzungen erst. Die Lage spitzt sich dramatisch zu, als die Revolutionären Obleute für diesen Tag große Demonstrationen angekündigt haben. Die Bewegung droht der Regierung und den Mehrheitssozialdemokraten endgültig zu entgleiten. Reichskanzler Max von Baden befürchtet, dass die Demonstranten siegen und ihrerseits die Absetzung des Kaisers ausrufen könnten. Deshalb veröffentlicht er mittags um 12 Uhr völlig eigenmächtig eine Erklärung, in der darstellt, dass sich der Kaiser des Deutschen Reichs und zugleich König von Preußen entschlossen hat, dem Thron zu entsagen. Gleichzeitig überträgt der Prinz von Baden an den sozialdemokratischen Parteiführer Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers, um die Staatsführung vor dem revolutionären Zugriff zu bewahren.

9. November 1918 – Überhaupt sehe ich den Ereignissen mit Heiterkeit und Sympathie zu

München-Bogenhausen * Thomas Mann, der die Revolutionäre am 7. November noch als „albernes Pack“ beschimpft hatte, notiert jetzt: „Überhaupt sehe ich den Ereignissen mit ziemlicher Heiterkeit und Sympathie zu. Die Bereinigung und Erfrischung der politischen Atmosphäre ist schließlich gut und wohlthätig.“

10. November 1918 – General Wilhelm Groener gibt eine Loyalitätserklärung ab



Spa - Berlin * Der Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung - OHL, Wilhelm Groener, gibt eine Loyalitätserklärung gegenüber Reichskanzler Friedrich Ebert ab und bietet ihm die Unterstützung der Reichswehr an. Im Gegenzug verlangt er von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und die Ausschaltung der Soldatenräte. Ebert lässt sich auf diesen Bündnisvorschlag ein, da er damit die Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin in Schach halten und das Offizierskorps ohne Reibungsverluste vom Kaiserreich in die neue Demokratie hinüber retten kann.

10. November 1918 – Die Thule-Gesellschaft gründet einen Kampfbund

München-Gruggegau * Mitglieder der Thule-Gesellschaft gründen einen Kampfbund, der die Zerschlagung der Räterepublik mit Waffengewalt zum Ziel hat. Die Leitung übernimmt Freiherr Rudolf von Sebottendorf selbst. Diese Nationalisten, Antisemiten und Deutschnationalen entwickeln eine Doppelstrategie, die maßgeblichen Anteil an der Zerschlagung der späteren Räteregierung hat. Die Thule-Gesellschaft wird zum Organisationszentrum der Münchner Gegenrevolution und Aktionsgemeinschaften organisieren den Aufbau eines umfangreichen Informations- und Spitzelsystems in allen revolutionären und kommunistischen Gruppierungen, die Kontaktaufnahme mit gesprächsbereiten Sozialdemokraten aus der Provisorischen Regierung und der Parteispitze sowie die Errichtung eines illegalen Werbebüros zur Unterstützung bereits existierender nationaler Militärverbände und zum Aufbau einer eigenen militärischen Organisation.

10. November 1918 – In Berlin herrscht gelöste Feierstimmung

Berlin * Die Revolutionären Obleute stellen fest, dass sich die Stimmung in den Betrieben über Nacht verändert hat. Es herrscht gelöste Feierstimmung, man ist versöhnlich und dankbar dafür, dass die Revolution so wenig Opfer gefordert hat. Die meisten Zeitgenossen sind vom vollständigen Sieg der Revolution überzeugt. Einen nachhaltigen reaktionären Rückschlag halten sie für unvorstellbar. Und tatsächlich ist der größte Teil der politisch und gesellschaftlich einflussreichen Kreise wie gelähmt. Das gilt auch für das vermögende und gebildete Bürgertum.

10. November 1918 – Schadet die MSPD der Revolution ?

Berlin * Die Revolutionären Obleute versuchen auf Versammlungen die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, dass eine gemeinsame Regierung der USPD mit der MSPD-Spitze der Revolution



schaden würde. Doch die Arbeiter wollen ein Zusammengehen der beiden Parteien. Die neue Regierung soll paritätisch aus MSPD- und USPD-Mitgliedern zusammengesetzt sein.

10. November 1918 – König Friedrich August III. von Sachsen für abgesetzt erklärt

Dresden * Der neugebildete Vereinigte Revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat erklärt König Friedrich August III. von Sachsen für abgesetzt und die Monarchie für beseitigt. Im Zirkus Sarrasani ruft Herrmann Fleißner von der MSPD die Republik aus.

14. November 1918 – Die Revolutionäre werden zur Minderheit

München * Der am ersten Revolutionstag (7. November) in München entstandene Zentralarbeiterrat hat sich aus dem im Mathäserbräu gewählten Arbeiterrat entwickelt. Er ist gleichbedeutend mit dem Revolutionären Arbeiterrat, der umgehend die Organisation von Betriebsräten in München ergreift. Die Münchner Betriebsräte gaben sich eine Geschäftsordnung und wählten ihren eigenen Münchner Arbeiterrat. Dieser wird von Gewerkschaftsführern geleitet. Er beansprucht für sich die legitime Vertretung des Münchner Proletariats zu sein. An diesem 14. November zwingt der Münchner Arbeiterrat den Revolutionären Arbeiterrat zur Annahme der nachstehenden Forderungen: Die Mitgliederzahl des Revolutionären Arbeiterrats ist auf fünfzig zu beschränken. Der Revolutionäre Arbeiterrat wird sich mit den 550 Vertretern des Münchner Arbeiterrats zusammenschließen. Diese vereinigte Körperschaft wird dann einen neuen Zentralarbeiterrat wählen; von dessen fünfzig Mitgliedern darf der Revolutionäre Arbeiterrat zehn bestimmen. Innerhalb der Arbeiterräte in München bilden die Revolutionäre nunmehr eine Minderheit.

15. November 1918 – Die Bayerische Volkspartei akzeptiert die revolutionären Ereignisse

München * Die Bayerische Volkspartei - BVP betrachtet „den gegenwärtigen staatspolitischen Zustand Bayerns, wie er durch die Ereignisse in der Nacht vom 7. zum 8. November in München geschaffen wurde, als eine gegebene geschichtliche Tatsache“.

15. November 1918 – Nuntius Pacelli berichtet dem Vatikan zu den revolutionären Vorgängen

München - Vatikan * Nuntius Eugenio Pacelli verfasst zwei von drei



analytisch-zusammenfassende Berichte an den Kardinalsstaatssekretär Pietro Gasparri. Die Ursache der Revolution sieht Pacelli in der militärischen Lage mit dem Kriegseintritt der USA, dem Zusammenbruch von Österreich-Ungarn, die Kampfmüdigkeit der deutschen Soldaten, sodass die als unüberwindlich geltende Hindenburg-Linie ins Wanken geriet, und dass die Generäle die päpstliche Friedensvermittlung vom 1. August 1917 zurückgewiesen haben, die Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg befürwortet hatte. Über Ministerpräsident Kurt Eisner äußert sich Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII, folgendermaßen: Eisner ist „Atheist, Radikalsozialist, unversöhnlicher Propagandist, Busenfreund russischer Nihilisten und noch dazu galizischer Jude. [...] Unmittelbar nach den Ereignissen hat sich das bayerische Diplomatische Corps in der Nuntiatur zusammengefunden und beschlossen, jegliche Anerkennung der neuen Regierung zu vermeiden.“

19. November 1918 – Der Revolutionäre Arbeiterrat fordert Rechte

München * Der Revolutionäre Arbeiterrat hat ebenfalls einen Entwurf für die Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte erarbeitet. Er befasst sich hauptsächlich mit der Arbeit und der Stellung der Spitzengremien der bayerischen Räte. Der Zentralarbeiterrat soll gemeinsam mit den Bauern- und Soldatenräten die revolutionäre Macht darstellen, aber - und das ist abgestimmt mit Innenminister Erhard Auer - keine Vollziehungsgewalt haben. Dafür fordert der Zentralarbeiterrat aber eine dauernde Kontrolle über die Tätigkeit der Minister und der Ministerien, indem er in jedes Ministerium einen Volkskommissar entsendet. Dieser soll mit umfassenden Beteiligungs- und Initiativrechten ausgestattet werden.

19. November 1918 – Maßnahmen zur Belebung des revolutionären Geistes

Berlin - München * Der bayerische Gesandte in Berlin, Friedrich Muckle, berichtet an den bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner von einem Gespräch mit dem Publizisten und Journalisten Maximilian Harden über die Belebung des revolutionären Geistes. Sie fordern die Säuberung der Reichsregierung von allen unfähigen Elementen, die sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, die Verhaftung der Schuldigen und die Einführung eines Staatsgerichtshofs zu deren Aburteilung. Wenn die Berliner Reichsregierung auf diese Forderungen nicht eingeht, so sollte der „Abfall des Südens“ zumindest angedroht werden. Denn: „Preußen hat uns in das Unglück des Krieges gestürzt, es soll uns nicht noch tiefer in den Abgrund, aus dem wir herauszuarbeiten suchen, hinab drücken.“



22. November 1918 – Nuntius Eugenio Pacelli flieht nach Rorschach in der Schweiz

München - Rorschach * Auf Anraten von Erzbischof Michael von Faulhaber siedelt Nuntius Eugenio Pacelli wegen der revolutionären Vorgänge in München in das Institut Stella Maris nach Rorschach in der Schweiz am Bodensee über. Pacelli will mit allen Mitteln der Kontaktaufnahme der bayerischen Regierungsvertreter entgehen, da sonst der Eindruck entstehen könnte, dass der Heilige Stuhl die Revolutionsregierung anerkannt habe. Als offiziellen Grund gibt er allerdings gesundheitliche Probleme an, die er auskurieren wolle. Es ist aber wohl eher die Flucht vor der Auseinandersetzung mit der neuen bayerischen Regierung um Ministerpräsident Kurt Eisner. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Nuntiatur und der bayerischen Regierung sind damit auf Eis gelegt. Die Berichterstattung über die revolutionären Vorgänge an Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri werden von Eugenio Pacellis Uditore [= rechte Hand des Nuntius] Lorenzo Schioppa übernommen. Freilich in dem durch Pacelli vorgegebenen Rahmen.

25. November 1918 – Der Stamm der alten Macht muss entwurzelt werden

Nürnberg * Der Chefredakteur der Fränkischen Tagespost, Adolf Braun, er ist ganz bestimmt kein Revoluzzer, schreibt: „Der Stamm der alten Macht darf nicht nur gefällt werden, er muss entwurzelt sein. So ergibt sich die Diktatur des Proletariats nach dem revolutionären Sieg der Arbeiterklasse als eine Notwendigkeit, so vieles auch gegen die Diktatur vom Standpunkt der Demokratie aus eingewandt werden kann. Die Diktatur des Proletariats ist nicht Zweck, sie ist Mittel zur Erhaltung und Sicherung der Revolution.“

28. November 1918 – Neue Schreibweise Baiern gefordert

Nürnberg * Der Fränkische Kurier fordert die Schreibweise „Baiern“ statt „Bayern“, da diese auf einer „Schrulle König Ludwigs I.“ beruht. Für den Autor S. Günther wäre das eine „revolutionäre Umwälzung, die wohl kaum auf Gegnerschaft stoßen dürfte“.

30. November 1918 – Die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten wird gegründet

München * Der Kreis um Erich Mühsam gründet die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten - VRI. Sein Ziel ist, die Revolution siegreich zu Ende zu führen - auch gegen den Widerstand des zu wählenden Parlaments. Erich Mühsam lehnt zudem die stark zentralistisch geprägten



Positionen des am 11. November 1918 in Berlin ins Leben gerufenen Spartakusbundes strikt ab. Dennoch gehören viele VRI-Mitglieder zur später gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD. In einem Flugblatt fassen sie ihre Ziele zusammen: „Revolutionäre, internationalistisch gesinnte, kommunistische Arbeiter und Soldaten! Männer und Frauen! Nicht alle Volksgenossen sind mit dem bisherigen Verlauf der Revolution einverstanden. [...] Wir verlangen die Verwirklichung des Sozialismus als Krönung der gegenwärtigen Volksbewegung. [...] Wir blicken nicht auf den Weg, sondern aufs Ziel. Das Mittel der Revolution heißt Revolution. Das ist nicht Mord und Totschlag, sondern Aufbau und Verwirklichung“. Geschäftsstelle ihrer neuen Vereinigung wird das Wirtshaus Braunauer Hof in der Frauenstraße. Erich Mühsam bezeichnet die Stunden hier als die „eigentlich beste Zeit der Revolution“.

Dezember 1918 – Die revolutionäre Regierung versucht einen Neuaufbau des Straßenbahnverkehrs

München * Nach dem kriegsbedingten Verfall der Münchner Straßenbahn versucht die neue revolutionäre Regierung einen Neuaufbau. Doch der Kohle- und Strommangel zwingt immer wieder zu empfindlichen Einschränkungen.

1. Dezember 1918 – Prof. Foerster fürchtet die bayerische Entwicklung

München * Der sich in München aufhaltende bayerische Gesandte in Bern, Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Foerster, veröffentlicht eine Erklärung mit der Überschrift „Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen politischen Lage in Bayern“, in der er sich tief enttäuscht über die Entwicklung in München äußert. Er befürchtet eine Entwicklung zur Vorherrschaft durch die revolutionären Räte.

„Dass aber dadurch eine wahrhaft demokratische Vertretung der Interessen und Rechte aller Klassen noch nicht gesichert wird, ist ohne weiteres klar. Eisner will aber auch solche Gleichheit der Vertretung gar nicht. [...] Er hat jeden Glauben an das Bürgertum verloren. Und darum kämpft er verzweifelt gegen die Nationalversammlung.“

7. Dezember 1918 – Der Arbeiterrat tagt im Deutschen Theater

München * Die konstituierende Sitzung des Münchener Arbeiterrats findet im Deutschen Theater statt. Das Gremium setzt sich aus über 400 gewählten Arbeiterräten und den rund 50 Mitgliedern des Revolutionären Arbeiterrates zusammen. Die Mehrheit des Münchener Arbeiterrates besteht aus Mitgliedern der Mehrheitssozialdemokraten.



7. Dezember 1918 – Die USPD solidarisiert sich mit Spatakus

Berlin * Die undurchsichtigen Vorgänge und das Blutbad vom 6. Dezember steigert das Misstrauen der USPD gegenüber den Mehrheitssozialdemokraten. Die Freiheit, das Berliner Parteiorgan der USPD, solidarisiert sich mit dem Streikaufruf von Spartakus mit folgenden Zeilen:

„Wir verstehen die Empörung und teilen die Gefühle unserer Genossen. Wir begrüßen ihre Initiative. Der Streik soll ein Protest sein gegen das ruchlose Vorgehen in der Chausseestraße, gegen gegenrevolutionäre Umtriebe und eine Sympathiebezeugung für die armen Opfer!“

7. Dezember 1918 – Ein sozialistischer Aufruf im Bayerischen Kurier

München * Die Leser der stark konservativen Zeitung Bayerischer Kurier, die zugleich das Organ der Bayerischen Volkspartei - BVP darstellt, müssen lesen: „Brüder! Die Soldaten und Arbeiter Münchens haben heute nacht die Zeitungen besetzt. Sie haben der schändlichen Hetzpresse, die das Volk durch 51 Monate belogen und betrogen hat und eine ungeheuere Blutschuld an diesem Völkermord trägt, ihr Gift genommen. Die Übernahme der Zeitungen geschah in größter Ruhe und Ordnung, und sie erscheinen von nun ab unter unserer Leitung. [...] Es lebe die internationale sozialistische Weltrepublik! Die revolutionären Internationalisten Bayerns“.

24. Dezember 1918 – Die Garde-Soldaten werden von der Bevölkerung abgedrängt

Berlin * Um 9:10 Uhr kapitulieren die Verteidiger des Stadtschlusses und des Marstalls. Sie zeigen die weißen Fahnen. Stadtkommandant Otto Wels wird sofort freigelassen. Zur Entwaffnung kommt es nicht mehr, da die Matrosen der Volksmarinedivision während dieser Feuerpause Unterstützung durch die dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn von der USPD unterstellte Republikanische Sicherheitswehr erhalten. Das Gerücht eines gegenrevolutionären Putsches macht die Runde. In kürzester Zeit ziehen tausende Arbeiter, Frauen und Kinder zum Stadtschloss. Die Lage dreht sich. Jetzt sind plötzlich die Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Bedrohten. Gefangene Matrosen werden befreit, die Garde-Soldaten von der Bevölkerung eingeschlossen und abgedrängt. Reichskanzler Friedrich Ebert gibt den Befehl zur sofortigen Einstellung der Kämpfe. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division muss abziehen und in der Universität Schutz suchen. Begleitet werden sie von der ihnen wenig freundlich gesinnten Bevölkerung. Die Demonstration ist inzwischen auf 100.000 Menschen angewachsen. Die Oberste Heeresleitung - OHL und Generalquartiermeister Wilhelm Groener haben eine fürchterliche Niederlage erlitten und sind grandios gescheitert.



26. Dezember 1918 – Die Zeitungsbesetzer geben den Vorwärts wieder frei

Berlin * Nach langwierigen Verhandlungen geben die Zeitungsbesetzer den Vorwärts wieder frei. Das allerdings unter der Auflage, dass in der nächsten Ausgabe eine Erklärung der Revolutionären Obleute abgedruckt werden muss.

27. Dezember 1918 – Der Vorwärts druckt die Erklärung der Revolutionären Obleute

Berlin * Im SPD-Organ Vorwärts wird die Erklärung der Revolutionären Obleute abgedruckt. In dieser heißt es, dass die Zeitung „in der letzten Zeit in schamlosester Weise alle ehrlichen und entschiedenen revolutionären Kreise sowie die Volksmarinedivision beschimpft“ habe.

28. Dezember 1918 – 17 Bürgerwehr-Gründer werden festgenommen

München-Graggenau * In ihrem Versammlungsraum im Hotel Vier Jahreszeiten werden 17 Mitglieder des Ausschusses zur Gründung einer Bürgerwehr, die auch Mitglieder der Thule-Gesellschaft sind, festgenommen. Darunter Freiherr Rudolf von Sebottendorf. Sie werden gegenrevolutionärer Umtriebe verdächtigt. Die meisten Verhafteten werden jedoch nach einem kurzen Verhör wieder entlassen.

30. Dezember 1918 – Diskussionen ohne geistige Schranken

München-Isarvorstadt * In den Kolosseums-Bierhallen haben sich einige Hundert Internationale Kommunisten versammelt. Sie diskutieren das Für und Wider einer Bewaffnung des revolutionären Proletariats, einer Sabotierung der Nationalversammlungswahlen, einer Lynchjustiz am Erzbischof von München und Freising, Michael von Faulhaber, einer Aburteilung von Erhard Auer und Johannes Timm durch einen Staatsgerichtshof und den Kampf mit den Waffen der Gewalt, nicht mit geistigen Waffen. Es sind Diskussionen ohne geistige Schranken, keine Beschlüsse!

4. Januar 1919 – USPD und Revolutionäre Obleute rufen zur Demonstration auf

Berlin * Der Vorstand der Berliner USPD beschließt zusammen mit den Revolutionären Obleuten für den folgenden Tag die Abhaltung einer Demonstration als Reaktion auf die Absetzung des



Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Revolutionären Obleute sind frei gewählte, von den Gewerkschaften unabhängige Betriebsräte, die sich während des Ersten Weltkriegs hauptsächlich in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet haben und sich aktiv an den Januarstreiks 1918 beteiligten. Als Kriegsgegner sind sie in der überwiegenden Zahl in der USPD organisiert. Eine Mitgliedschaft in der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD lehnen sie ab.

5. Januar 1919 – Beginn des sogenannten Spartakusaufstands in Berlin

Berlin * Die von der Berliner USPD und den Revolutionären Obleuten organisierte Demonstration entwickelt sich zur größten und eindrucksvollsten, die Berlin seit dem 9. November 1918 gesehen hat. Im Verlauf der Demo wird die sozialdemokratische Zeitung Vorwärts und weitere Verlagsgebäude und Druckereien im Zeitungsviertel von bewaffneten Demonstranten besetzt.

5. Januar 1919 – Ein Revolutionsausschuss wird gegründet

Berlin * Die Zeitungsbesetzer werden von der USPD und der KPD unterstützt. Am Abend wird aus den Vertretern der Parteien und den Besetzern ein Revolutionsausschuss gebildet, dem 53 Personen angehören. Georg Ledebour [USPD], Karl Liebknecht [KPD] und Paul Scholze [Revolutionäre Obleute] werden gleichberechtigte Vorsitzende.

6. Januar 1919 – Der Revolutionsausschuss ruft zum Regierungssturz auf

Berlin * Der von USPD, KPD und den Revolutionären Obleuten gebildete Revolutionsausschuss ruft auf zum Generalstreik und zum Sturz der Regierung Ebert.

6. Januar 1919 – Verhandlungsversuche mit Reichskanzler Friedrich Ebert

Berlin * Der Revolutionsausschuss verhandelt auf Vermittlung der USPD-Leitung mit Reichskanzler Friedrich Ebert. Die zwölköpfige Verhandlungskommission besteht aus sechs Vertretern der USPD und der gleichen Zahl der Revolutionären Obleute. Die KPD will sich an den Verhandlungen nicht beteiligen.

7. Januar 1919 – Der Januaraufstand zeigt seine Macht



Berlin * Dem Aufruf des Revolutionsausschusses folgen etwa 500.000 Menschen. Die Menschenmenge zieht in die Innenstadt und versammelt sich auf einem der Berliner Plätze.

7. Januar 1919 – Die Verhandlungen mit der Regierung werden vertagt

Berlin * Am Nachmittag sind die Verhandlungen zwischen dem Revolutionsausschuss und Reichskanzler Friedrich Ebert sowie dem Rat der Volksbeauftragten kurz vorm Scheitern. Man vertagt sich auf den nächsten Tag.

7. Januar 1919 – Gustav Noske erhält den Oberbefehl über die Truppen in und um Berlin

Berlin * Der Volksbeauftragte für Heer und Marine, Gustav Noske [MSPD], erhält von Reichskanzler Friedrich Ebert den Oberbefehl über die Truppen in und um Berlin. Es ergehen Aufrufe zur Aufstellung weiterer Freikorps in Berlin. Außerdem befiehlt Noske die telefonische Überwachung aller Mitglieder des Revolutionsausschusses, um sie später festzunehmen. Dazu werden 50 ausgesuchte Offiziere in allen Berliner Postämtern eingesetzt.

8. Januar 1919 – Chance zur gewaltfreien Beilegung des Konflikts vertan

Berlin * Die Verhandlungen zwischen dem Revolutionsausschuss und dem Rat der Volksbeauftragten scheitern an der beiderseitigen Kompromissunfähigkeit. Damit ist die Chance zur gewaltfreien Beilegung des Konflikts vertan.

9. Januar 1919 – Der Revolutionsausschuss ruft zum Kampf gegen die Judasse auf

Berlin * Die Revolutionären Obleute, der Zentralvorstand der Berliner USPD und der KPD rufen in einem gemeinsamen Aufruf den Kampf auf gegen „die Judasse in der Regierung. [...] Sie gehören ins Zuchthaus, aufs Schafott. [...] Gebraucht die Waffen gegen eure Todfeinde.“

11. Januar 1919 – Gustav Noske gibt den Einsatzbefehl gegen die Besetzer

Berlin * Gustav Noske [MSPD], der Volksbeauftragte für Heer und Marine, gibt den Einsatzbefehl gegen die Besetzer des Vorwärts. Die Angreifer, das Freikorps Potsdam, erobert das Gebäude



mit Flammenwerfern, Maschinengewehren, Mörsern und Artillerie. Nach etwa 70 Artillerieschüssen sind die Besetzer am Ende. Als die Regierungstruppen zum Sturm ansetzen, geben die Aufständischen auf.

11. Januar 1919 – Ludwig Thoma zur Abdankung des bayerischen Königs

Tuften-Tegernsee - Berlin * Ludwig Thoma, der eigentlich stark konservative und königstreue bayerische Schriftsteller, schreibt seinem Freund Conrad Haussmann seine Einschätzung der revolutionären Tage und zur Abdankung König Ludwigs III.: „Er [König Ludwig III.] verschwand, begleitet von verächtlichem Hohn, dem sich rein nichts an Mitleid, Achtung, Dank entgegenstellte. ‚Milliwucherer, Ochsenhepp, Millibauer‘ aber von waren die offiziellen Titel; der Mann ist heute, mitten in seiner getreuen Provinz Oberbayern, nicht die Spur von Autorität und Mittelpunkt. Ich glaubte zuerst, dass der Kronprinz Anhänger habe, bin aber von dem Glauben abgekommen. Auch bei unsern Bauern ist keine Spur von ‚angestammter Treue‘ zu merken. Ich gestehe Dir offen, dass der Vorgang im ganzen, wie in jeder Einzelheit mich völlig unvorbereitet traf, und doch glaubte ich, das Volk zu erkennen.“

12. Januar 1919 – Die besetzten Verlagsgebäude werden von Regierungstruppen erobert

Berlin * Alle im Berliner Zeitungsviertel besetzten Verlags- und Druckereigebäude sind von den Regierungstruppen erobert. Obwohl die Zeitungsbesetzer bewaffnet sind, kommt es nicht zu organisierten Schlachten. Die meisten Aufständischen ergeben sich freiwillig. Dennoch erschießt das Militär über hundert Besetzer und unbeteiligte Zivilisten vor Ort. Insgesamt ermittelt ein Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtags 156 Todesopfer. Auf Seiten der Angreifer werden 13 Gefallene und zwanzig Verwundete gezählt.

31. Januar 1919 – Nuntius Pacelli kehrt wieder nach München zurück

Rorschach - München * Nuntius Eugenio Pacelli kehrt von Rorschach wieder nach München zurück, nachdem er auf Anraten von Erzbischof Michael von Faulhaber am 22. November 1918 die bayerische Landeshauptstadt wegen der revolutionären Vorgänge verlassen hatte.

8. Februar 1919 – Der Revolutionäre Arbeiterrat verlangt die Freilassung von Max Levien



München * Eine Abordnung des Revolutionären Arbeiterrats verlangt bei Justizminister Dr. Edgar Jaffé die Freilassung des am Tag zuvor verhafteten Kommunistenführers Max Levien.

21. Februar 1919 – Das Attentat auf Erhard Auer (SPD)

München-Kreuzviertel * Als sich der Landtag gegen 11 Uhr wieder versammelt, ergreift Erhard Auer das Wort zu einer Gedenkrede: „Damen und Herren! Der provisorische Ministerpräsident Kurt Eisner hat soeben durch Mörderhand den Tod gefunden. [...] Die Tat wurde von ruchloser Hand in feiger Weise verübt [...]. Diese Handlung muss bei jedem anständigen Menschen tiefsten Abscheu hervorrufen. [...] Wir beklagen in dem Ermordeten den Führer der Revolution in Bayern und zugleich den vom reinsten Idealismus und von treuer Sorge für das Proletariat erfüllten Menschen. Auf diesem Weg kann und darf nicht fortgefahren werden, wenn nicht vollkommene Anarchie eintreten soll. Angesichts dieser wahnsinnigen Mordtat, gegen deren Urheber mit rücksichtsloser Strenge vorgegangen wird, gilt es nunmehr, die Besonnenheit zu wahren und alle Kräfte zusammenzufassen, um die ungeheuere Aufgabe der nächsten Zeit so zu lösen, wie es das Interesse des gesamten bayerischen Volkes erfordert.“ Auer hatte seine Rede gerade beendet, da stürzt ein schnauzbärtiger junger Mann, bekleidet mit einem grauen Mantel und Hut, durch einen Seiteneingang in den Sitzungssaal, läuft direkt auf Auer zu, titulierte ihn mit „Du Lump!“, zieht eine Pistole aus seinem Mantel und drückt zweimal ab. Erhard Auer sinkt - in die Brust getroffen - zu Boden. Der konservative Abgeordnete Major Paul Ritter von Jahreiß stellt sich dem fliehenden Attentäter in den Weg und wird durch einen Schuss in den Hals tödlich getroffen. Der Täter ist der im Jahr 1887 in Kelheim geborene Metzger Alois Lindner. Er ist Mitglied in der USPD und im Revolutionären Arbeiterrat. Lindner ist von Auers Schuld an Eisners Ermordung überzeugt. Inzwischen betreten weitere Mitglieder des Revolutionären Arbeiterrats den Saal. Auch sie glauben an Auers Schuld und fordern „Rache für Eisner!“. Es kommt zu einer wilden Schießerei, bei der einer der Mitbegründer der Bayerischen Volkspartei - BVP, Heinrich Osel, ums Leben kommt. In der allgemeinen Panik fliehen die übrigen Anwesenden. Auch Lindner gelingt die Flucht. Unterstützt durch Freunde geht er nach Ungarn.

21. Februar 1919 – Ein Zentralrat der Bayerischen Republik konstituiert sich

München * Aus Vertretern der Mehrheitssozialisten, Unabhängigen Sozialdemokraten, Kommunisten sowie den Vollzugsorganen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und dem Revolutionären Arbeiterrat bildet sich ein Zentralrat der Bayerischen Republik. Dieser sogenannte



Elfmännerausschuss fungiert als Regierungsgremium, das die Geschäfte so lange kommissarisch führen soll, bis eine endgültige Regelung gefunden wird. Zum Vorsitzenden des Zentralrats wird Ernst Niekisch, ein junger Volksschullehrer, Vorsitzender der Augsburger Arbeiter- und Soldatenräte und Mitglied des Landesarbeitsrates gewählt. Ernst Niekisch ist zwar Mehrheitssozialdemokrat, gilt aber aufgrund seiner Befürwortung der Räte als Mann des Ausgleichs zwischen den ideologischen Gegensätzen und wird auch von den rechten Sozialdemokraten akzeptiert. Er gilt als die Integrationsfigur, die der Republik über die schwere Zeit hinweghelfen kann. Neben Ernst Niekisch, Carl Kröplin und Hermann Eisenhut vom Vollzugsrat der Arbeiterräte gehören dem Zentralrat außerdem an: Karl Gandorfer, Wolfgang Hofmann und Johann Wutzlhofer vom Vollzugsrat der Bauernräte, Fritz Sauber, Engelbert Kohlschmidt und Johann Panzer vom Vollzugsrat der Soldatenräte sowie Max Levien und August Hagemeister vom Revolutionären Arbeiterrat. Dem Zentralrat wird ein erweiterter Aktionsausschuss zur Seite gestellt, um die Fülle der anstehenden Arbeiten zu bewältigen. Dieser wiederum konstituiert verschiedene Kommissionen, die das tägliche Leben regeln sollen. So entstehen Kommissionen zur Bewaffnung des Proletariats, zur Ernährung, zur Lebensmittelversorgung, für das Wohnungswesen, für das Gerichtswesen, für Aufklärungs- und Nachrichtendienste, für Heereswesen und zur Produktionsregelung.

21. Februar 1919 – Viele glauben, dass Erzbischof Faulhaber hinter der Bluttat steht

München-Kreuzviertel * Als Ministerpräsident Kurt Eisner ganz in der Nähe des Erzbischöflichen Palais von Anton Graf von Arco-Valley ermordet wird, glauben viele, dass Erzbischof Faulhaber hinter dieser Bluttat steht. Das umso mehr, als er sich weigert, ein Trauergeläut anzuordnen. Daraufhin stürmen die Revolutionäre die Sakristei der Frauenkirche und lassen die Glocken ertönen.

22. Februar 1919 – Sofortige Ausrufung einer sozialistischen Räterepublik beschlossen

München * Arnold Wadler bringt im Namen des Revolutionären Arbeiterrats auf einer Versammlung von Münchner Räten, den Antrag zur „sofortigen Ausrufung der sozialistischen Räterepublik“. Der Antrag wird - nach einer kontroversen Debatte - einstimmig angenommen.

22. Februar 1919 – Geiseln werden in Schutzhaft genommen

München-Kreuzviertel * Um weiteren konterrevolutionären Attentaten vorzubeugen beschließt der



Zentralrat Geiseln in Schutzhaft zu nehmen. Diese werden weitgehend zufällig aus Kreisen des Bürgertums und der Offiziere ausgewählt und in das Hotel Bayerischer Hof gebracht.

23. Februar 1919 – Ein revolutionärer Arbeiterrat regiert in Bad Aibling

Bad Aibling * Ein revolutionärer Arbeiterrat wird in Bad Aibling zusammengesetzt.

25. Februar 1919 – Die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien

München * Bereits am ersten Tag fordert Max Levien als Delegierter des Revolutionären Arbeiterrats die sofortige Ausrufung der Räterepublik, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR, die Versendung wahrheitsgetreuer Flugblätter in fremden Sprachen, die Entfernung der Republikanischen Schutztruppe, die Bildung einer Roten Armee sowie die Annullierung der Staatsschulden und Kriegsanleihen. Unterstützt wird Levien von dem Matrosen Rudolf Egelhofer, der von der „permanenten Proletarierversammlung“ im Wagnersaal abgesandt wurde, an der mehr als 5.000 Menschen teilnehmen. Auch der Anarchist Erich Mühsam schließt sich dieser Forderung an. Er ist der Überzeugung, dass der Ausgang des Kongresses der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte von entscheidender Bedeutung für den künftigen Verlauf der Weltrevolution ist. In den weiteren Beratungen kristallisieren sich die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien heraus. Die SPD-Delegierten sprechen sich gegen eine Räterepublik aus, setzen sich aber - anders als die Genossen um Erhard Auer - für die Verankerung der Räte in der Verfassung ein. Die KPD fordert dagegen die Regierung der Volksbeauftragten und eine Räterepublik.

28. Februar 1919 – Ein umfangreicher Kompromissantrag wird beraten

München-Kreuzviertel * Am Nachmittag beraten die Delegierten der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte im Münchner Landtagsgebäude an der Prannerstraße einen Kompromissantrag. Darin wird festgelegt, dass der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte den Provisorischen Nationalrat darstellt. In den nächsten Tagen sollen 250 Delegierte gewählt werden, die diesem Provisorischen Nationalrat künftig angehören. Im Anschluss daran soll ein Aktionsausschuss gewählt werden, der sich aus je sieben Mitgliedern der Vollzugsausschüsse der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, je drei Vertretern von SPD, USPD, Revolutionärem Arbeiterrat und Bayerischem Bauernbund - BBB zusammensetzt. Die Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom Provisorischen Nationalrat abgesetzt



werden. Der Aktionsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Zentralrat, dessen Mitglieder dem Aktionsausschuss verantwortlich sind. Außerdem soll in absehbarer Zeit das Staatsgrundgesetz vom 4. Januar 1919 zur Volksabstimmung vorgelegt werden. Das Staatsgrundgesetz soll zuvor aber noch in einigen Punkten abgeändert werden, in dem die Räte das Recht zur Gesetzesinitiative und ein Vetorecht gegen Parlamentsbeschlüsse festgeschrieben erhalten. Bei Streitigkeiten hat das Volk das letzte Wort und entscheidet per Volksentscheid. Hans Unterleitner wirbt mit großem Engagement für den Kompromiss: „Die zweite Revolution ist eine Tatsache. Nun handelt es sich darum, sich klar zu sein, was die zweite Revolution will. [...] Wir haben die politische Macht erobert und lassen sie uns nicht mehr nehmen“. In seinen Ausführungen stellt er fest, dass die Beratungen mit den Bauernvertretern gezeigt haben, dass die Bauern einer Räterepublik jegliche Unterstützung verweigern. Ohne die Bauern kann jedoch so ein Experiment unmöglich funktionieren: „Wir dürfen die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, in Deutschland und in Bayern liegen eben die Verhältnisse anders wie in Russland“.

3. März 1919 – Generalstreik in Groß-Berlin beschlossen

Berlin * Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte beschließt - bei Enthaltung der sozialdemokratischen Delegierten - einen Generalstreik. Die Streikziele sind rein politische. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, die sofortige Auflösung aller Freikorps, die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland sowie umfassende Kompetenzen für Arbeiter- und Soldatenräte auf wirtschaftlichem Gebiet.

7. März 1919 – Der Aktionsausschuss hat sich konstituiert

München * Der Aktionsausschuss hat sich konstituiert. Er besteht aus 35 Mitgliedern, zwei mehr als ursprünglich vorgesehen. Danach wählt der Aktionsausschuss aus seiner Mitte den Zentralrat. Den Vorstand des Zentralrats bilden: Ernst Niekisch [Vorsitzender, Arbeiterrat], Anton Hofmann [stellvertretender Vorsitzender, Bauernrat], Fritz Soldmann [Schriftführer, Arbeiterrat], Johann Panzer [stellvertretender Schriftführer, Soldatenrat]. Dem Zentralrat gehört kein Mitglied des Revolutionären Arbeiterrats an.



8. März 1919 – Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags

München * SPD, USPD und der Bauernbund legen dem Rätekongress einen gemeinsamen Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags vor. Der Rätekongress nimmt den Antrag gegen die Stimmen der extremen Linken an. Dem Antrag voraus geht die Ablehnung, Bayern zur sozialistischen Räterepublik auszurufen. Aus Protest gegen diese Beschlüsse erklären die zwei Vertreter des Revolutionären Arbeiterrats, Max Levien und August Hagemeister, sowie Fritz Sauber vom Soldatenrat, ihren sofortigen Austritt aus dem Zentralrat.

18. März 1919 – Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben

München-Kreuzviertel * Die neue bayerische Regierung wird bekannt gegeben: Ministerpräsident Johannes Hoffmann [SPD] übernimmt das Ministerium des Äußeren sowie das Ministerium für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] wird Justizminister, Martin Segitz [SPD] übernimmt das Ministerium des Inneren, Staatsrat von Merkel übernimmt in Vertretung das Finanzministerium, Heinrich Ritter von Frauendorfer [Parteilos] leitet das Verkehrsministerium, Hans Unterleitner [USPD] steht an der Spitze des Ministeriums für Soziale Fürsorge, Josef Simon [USPD] übernimmt das Ministerium für Handel und Gewerbe, Martin Steiner [Bayerischer Bauernbund] führt das Landwirtschaftsministerium und Ernst Schnepfenhorst [SPD] wird Minister für militärische Angelegenheiten. Dem neuen Ministerrat werden besondere Vollmachten übertragen. Nach der Regierungserklärung des neu gewählten Ministerpräsidenten vertagt sich der Landtag wieder. Ministerpräsident Johannes Hoffmann stellt in seiner Regierungserklärung fest, dass für ihn nur ein uneingeschränkter Parlamentarismus als Regierungsform in Frage kommt. Die Soldatenräte werden bald verschwinden, die Arbeiterräte zu Arbeiterkammern umgewandelt werden. Den Räten sollen allenfalls wirtschaftliche, keinesfalls aber politische Bedeutung zukommen. Hoffmann erteilt jeglichen bayerischen Partikularismus-Gedanken eine klare Absage: Denn: Bayern steht fest zum Reich. Die Koalitionsregierung wird schon deshalb von Anfang an von der revolutionären Arbeiterschaft abgelehnt und kann auch im weiteren Verlauf kein Vertrauen gewinnen, weil sie sich gegen Zugeständnisse in der Rätefrage sperrt und von ihr auch keine ernsthafte Sozialisierungspolitik zu erwarten ist.

21. März 1919 – Ungarn wird eine sozialistische Räterepublik

Budapest * In Ungarn wird durch den Revolutionären Regierungsrat eine sozialistische



Räterepublik unter dem Vorsitz des Kommunisten Bela Kun ausgerufen. Sie bestärkt die Münchner Räteanhänger in ihren Forderungen. Man hofft auf eine Verbindung von Bayern mit Österreich, Ungarn und Russland. Der in Bayern schon lange gepflegte Preußenhass verbindet sich mit der Räte-Idee.

3. April 1919 – Die Forderungen der revolutionären Soldaten

München-Maxvorstadt * Im Löwenbräukeller tagt eine Versammlung von über dreitausend revolutionären Soldaten. Sie fordern eine gründliche Säuberung der Soldatenräte, eine kommunistische Führung für das Räteresystem und die sofortige Bildung einer Roten Armee.

6. April 1919 – Der Zentralrat entscheidet für die Ausrufung der Räterepublik Bayern

München-Maxvorstadt * In der Nacht vom 6. zum 7. April sprechen sich im ehemaligen Schlafzimmer der Königin im Wittelsbacher Palais neben der SPD auch die USPD, die Mitglieder des Zentralrats und der Revolutionäre Arbeiterrat für eine Räterepublik Bayern aus, obwohl die KPD dieses Vorhaben ablehnt. Man glaubt dennoch, dass die Bevölkerung und die Armee geschlossen hinter diesem Systemwechsel steht. Ernst Niekisch führt den Vorsitz der Zusammenkunft. Er geht irrtümlich davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt keine rechtmäßige bayerische Regierung mehr existiert, da ihm mit Ausnahme von Hoffmann und Endres die Rücktrittserklärungen sämtlicher Minister vorliegen. Die Angaben über die Zahl der Anwesenden schwankt zwischen 70 und 150. Gustav Landauer stellt den Antrag, dass die Tagung zur konstituierenden Versammlung erklärt wird. Er hat einen Aufruf „An das Volk in Bayern“ vorbereitet, der die Gründung der Räterepublik ankündigt. Der Entwurf wird nach kurzer Beratung von den Anwesenden akzeptiert. Damit kann er am nächsten Morgen in den Zeitungen erscheinen.

6. April 1919 – Ein Aufruf „An das Volk in Bayern!“ zur Gründung der Räterepublik

München * „Der revolutionäre Zentralrat Bayerns“ veröffentlicht einen Aufruf „An das Volk in Bayern!“ zur Gründung der Räterepublik. Darin heißt es: „Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Bayerns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, dass von an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muss. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache



geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Bayern aufgefordert. Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich ausgetilgt. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die Bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschied vom fragwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April 1919, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Bayern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!“

7. April 1919 – Die neue Räteregierung wird gebildet

München * In der Räteregierung, also dem Rat der Volksbeauftragten, haben die Schriftsteller Ernst Toller, Gustav Landauer und Erich Mühsam führende Funktionen. Ihre geringe politische Erfahrung betrachten sie nicht als Mangel, da sie den herrschenden Konventionen der Politik ja sowieso ablehnend gegenüberstehen. Deshalb wird die Erste Räterepublik häufig auch abschätzend als Literatenrepublik bezeichnet. Das oberste Gremium der Räterepublik ist der Revolutionäre Zentralrat. Er ist den Volksbeauftragten



übergeordneten. Der Rat der Volksbeauftragten wird jedoch nie zusammentreten. Oberster Repräsentant der Baierischen Räterepublik ist zunächst Ernst Niekisch, der aber bereits nach einem Tag den Vorsitz des Revolutionären Zentralrats niederlegt. Ernst Toller wird ab dem 9. April sein Nachfolger. Toller zählt zum linken Flügel der USPD und ist deren Vorsitzender in München. Das Amt des Volksbeauftragten für Finanzen übernimmt Silvio Gesell, Volksbeauftragter für Volksaufklärung wird der Anarchist Gustav Landauer. Volksbeauftragter für Äußeres wird Dr. Franz Lipp [USPD], Volksbeauftragter für Inneres wird Fritz Soldmann [USPD], Volksbeauftragter für Volkswohlfahrt, das ehemalige Ministerium für Soziale Fürsorge, wird August Hagemeister [USPD], Volksbeauftragter für Justiz wird Konrad Kübler [BBB], Volksbeauftragter für Verkehr wird Gustav Paulukum [USPD], Volksbeauftragter für Land- und Forstwirtschaft wird der bisherige Minister Josef Steiner [BBB], Volksbeauftragter für Volkswirtschaft wird Edgar Jaffé [USPD], Volksbeauftragter für Militär wird Otto Killer [USPD]. Kommissar für das Ernährungswesen wird Johann Wutzlhofer [BBB] und Kommissar für das Wohnungswesen wird Dr. Arnold Wadler. Max Levien wird von von Erich Mühsam für das Amt als Volksbeauftragter für Militär vorgeschlagen, doch dieser sagt ab, da die KPD die Mitarbeit in der Räterepublik ablehnt. Damit wird weder die SPD noch die KPD bei der Ämterverteilung der Volksbeauftragten berücksichtigt. Mit der Ausrufung der Räterepublik wird der alte Zentralrat für „erledigt“ erklärt. Gustav Landauer teilt mit: „Der alte Zentralrat existiert nicht mehr“. Auch der Aktionsausschuss existiert nicht mehr, was allerdings nirgends offiziell erwähnt wird. Der Bayerische Landtag wird als „unfruchtbares Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters“ für aufgelöst erklärt und die sofortige Gründung einer Roten Armee angekündigt.

7. April 1919 – Die Mitglieder des Zentralrats rufen die Räterepublik Bayern aus

München * In der Nacht vom 6. auf den 7. April erfolgt im Wittelsbacher Palais mit Zustimmung von Vertretern der SPD, der USPD, der Gewerkschaften und des Revolutionären Arbeiterrates die Proklamation der Baierischen Räterepublik. Dieser Vorgang wird als 3. Revolution, als Räterepublik des Zentralrats oder - von den Kommunisten - auch als Scheinräterepublik bezeichnet. Die Regierung Hoffmann hat sich - wahrscheinlich unter dem Einfluss der Parteileitung in Berlin - im letzten Moment gegen die Ausrufung entschieden. Durch den Boykott der Kommunisten und den Rückzug der SPD fallen den Mitgliedern des Revolutionären Arbeiterrats und der USPD eine Schlüsselrolle zu.

7. April 1919 – Der Revolutionäre Zentralrat proklamiert die Räterepublik



München * In Zeitungen und auf Flugblättern proklamiert der Revolutionäre Zentralrat die Räterepublik. Der Landtag wird als „aufgelöst“ erklärt. Das von ihm eingesetzte Ministerium sei zurückgetreten. (Was nicht stimmt.) Außerdem wird erklärt, dass die gesamte öffentliche Gewalt und die Kontrolle der Verwaltungen durch die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte übernommen wird.

7. April 1919 – Die Räteregierung informiert Ungarns Regierung

München - Budapest * Die bayerische Räteregierung informiert umgehend den Revolutionären Regierungsrat in Budapest über den politischen Schritt. Der ungarische Regierungschef Bela Kun unterbricht daraufhin die Regierungssitzung und verliest das Münchner Telegramm unter tosendem Beifall: „Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel des russischen und ungarischen Volkes. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jede Zusammenarbeit mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil dieser unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammen gebrochenen deutschen Kaisertums fortsetzt“. Damit gibt es in Europa schon drei Räterepubliken.

7. April 1919 – Gründung eines Revolutionären Hochschulrats

München * Angehörige der Gruppe sozialistischer Akademiker gründen einen Revolutionären Hochschulrat. Er beseitigt den am 5. April gegründeten und aus drei Studenten bestehenden Provisorischen Studentenrat der Universität München“. Der Revolutionäre Hochschulrat will die Universität sofort schließen, die bisherige Universitätsverfassung aufheben und einen Revolutionären Senat bilden. Sämtliche Lehrkräfte der Universität sollen entlassen und eine völlig neue Hochschule durch Neuberufungen geschaffen werden. Für den nächsten Tag wird eine allgemeine Studentenversammlung ins Auditorium Maximum der Universität München einberufen.

7. April 1919 – In Würzburg wird die Räteherrschaft sofort bekämpft

Würzburg * In Würzburg beginnt der Versuch der Räteherrschaft mit Belagerungszustand, Pressezensur und Generalstreik, die ein Abgesandter aus München am Nachmittag offiziell ausruft. Die SPD reagiert sofort: Sie wendet sich dagegen und fordert ihre Mitglieder auf, „die



volle Verantwortung denen [zu] überlassen, die der bisherigen Regierung eine geordnete Fortführung ihrer Geschäfte unmöglich machten“. Die Revolutionäre nehmen daraufhin Geiseln, eine rätefeindliche Einheitsfront, der auch die SPD angehört, ruft zum Bürgerstreik auf. Es kommt zu Kämpfen um Residenz und Hauptbahnhof mit mehr als 20 Toten.

8. April 1919 – Die Bewaffnung des Proletariats beginnt

München * Die Arbeiter des Maffei-Werkes werden bewaffnet. Damit beginnt die vom Provisorischen Revolutionären Zentralrat angeordnete Bewaffnung des Proletariats.

8. April 1919 – Der Revolutionäre Hochschulrat stellte seine Forderungen vor

München * Im Auditorium Maximum der Münchner Universität stellt der Revolutionäre Hochschulrat seine am Tag zuvor gefassten Forderungen vor. Bei der Vollversammlung werden die Räteanhänger niedergebrüllt. Von den Rängen regnet es Flugblätter mit Verlautbarungen der Regierung Hoffmann, die von den Anwesenden unter lauten Bravorufen aufgesammelt werden. Nicht nur die Studenten, auch die Professoren denken nicht daran, dem neuen revolutionären Geist zu weichen. Die allgemeine Studentenversammlung verweigert deshalb ihre Zustimmung zu den Maßnahmen. Gustav Landauer beschließt daraufhin, die Universität am 13. April zu schließen.

8. April 1919 – Ernst Niekisch überlässt Ernst Toller die Leitung des Zentralrats

München * Es fehlt der Räterepublik Baiern ein klares Regierungsprogramm. Entscheidungen werden individuell getroffen. Diese widersprechen sich teilweise oder heben sich sogar gegenseitig auf. Ernst Niekisch, der Vorsitzende des Revolutionären Zentralrats, gibt schon am zweiten Tag völlig entnervt auf. Der 25-jährige Anarchist und Schriftsteller Ernst Toller wird sein Nachfolger.

9. April 1919 – Betriebsobleute und Soldaten fordern die Abdankung des Zentralrats

München * Die KPD ruft eine Versammlung der Revolutionären Obleute in den Münchner-Kindl-Keller ein, den Rat Revolutionärer Betriebsobleute und Revolutionärer



Soldatenvertreter. Eugen Leviné erklärt die Versammlung zum Träger der politischen Gewalt und den Revolutionären Zentralrat für abgesetzt. Ein neuer, aus zwanzig Personen bestehender provisorischer Zentralrat wird gewählt. Um 23 Uhr wird ein Generalstreik ausgerufen und zur Entwaffnung der Polizei aufgerufen. Eine Abordnung wird mit der Aufforderung zum Rücktritt zum Revolutionären Zentralrat gesandt. Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer, die an der Versammlung teilnehmen, werden in Gewahrsam genommen.

9. April 1919 – Die Kapitalflucht soll unterbunden werden

München * Ernst Tollers erste Verordnung betrifft den Bankensektor. Ein Anschlag des Revolutionären Zentralrats gibt bekannt, dass „Der revolutionäre Bankrat für Bayern“ in München Vertrauensleute bestimmt hat, die „die Auszahlung von Geldern bei den Banken zu überwachen haben, um zu verhindern, dass landesverräterische Kapitalisten ihr Geld ins Ausland verbringen“. Damit soll die Kapitalflucht verhindert werden. Es dürfen nur noch Beträge bis zu 100 Mark täglich oder 700 Mark wöchentlich abgehoben werden. Von dieser Regelung ausgenommen sind ausstehende Rechnungen, Kreditrückzahlungen und Zinstilgungen sowie Lohnzahlungen und Zahlungen im Geschäftsverkehr von Firmen. Die zuletzt genannten müssen vom Betriebsrat gegengezeichnet werden.

9. April 1919 – Wilhelm Reichart wird Volksbeauftragter für das Militärwesen

München * Der Kellner und Mitglied des Vollzugsausschusses des Landessoldatenrats, Wilhelm Reichart, wird einvernehmlich zwischen dem Provisorischen Revolutionären Zentralrat und den Kasernenräten zum Volksbeauftragten für das Militärwesen ernannt. Er wird das Amt bis zum 13. April ausüben.

9. April 1919 – Ernst Toller ist Vorsitzender des Revolutionären Zentralrats

München * Ernst Toller beginnt seine Tätigkeit als Vorsitzender des Revolutionären Zentralrats.

9. April 1919 – Ein Aufruf des Revolutionären Zentralrats an alle Proletarier



München * In einem Aufruf des Revolutionären Zentralrats „An alle Proletarier“ ist ein Rätekongress vorgesehen, der nach Neuwahlen der Arbeiterräte entstehen soll. Weder zur Wahl noch zum Zusammentreffen eines Rätekongresses wird es je kommen.

9. April 1919 – Linke Kritik an der Räteregierung

München * In der Münchner Roten Fahne erscheint ein Artikel von Eugen Leviné, in dem er die Politik der Räteregierung scharf angreift: „Alles wie sonst. In den Betrieben schufteten und fronen die Proletarier nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die [...] kgl. Wittelsbacher Beamten. An den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem Schutzmannssäbel. Kein bewaffneter Arbeiter zu erblicken. Keine roten Fahnen. Keine proletarische Besetzung in den Machtpositionen der Bourgeoisie. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Kuponscheren der Kriegsgewinnler und Dividendenjäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichtsräte Klassenjustiz. Alles wie sonst. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verdrehungen in die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst. Nur an den Straßen von Wind und Regen zerfetzte Plakate: ‚Nationalfeiertag!‘ steht darauf! Nationalfeiertag! Nicht proletarischer Feiertag. Nicht internationaler Feiertag. Von der Nation sprechen sie, der einigen Nation der Arbeiter und Kapitalisten. [...] Sie sitzen zusammen im Wittelsbacher Palais und dichten Dekrete. [...] Räterepublik ohne Räte. Proletarische Diktatur ohne Proletariat. Volksbeauftragte ohne Auftrag des arbeitenden Volkes. Ein Projekt der Roten Armee ohne Beihilfe des Proletariats, Sozialisierungsprojekte ohne wirkliches Eingreifen der Macht. Angebliche Siege ohne Kämpfe. Revolutionäre Phrasen ohne revolutionären Inhalt, revolutionäre Worte ohne revolutionäre Taten.“

9. April 1919 – Außenminister Dr. Franz Lipp unterschreibt seinen Rücktritt

München * Das Telegraphenamt leitet Dr. Franz Lipps Telegramme vom 7. und 8. April zwar weiter, doch die Kontrollbeamten informieren den Revolutionären Zentralrat vom Inhalt der Schreiben. Die von Ernst Toller umgehend eingeleiteten Nachforschungen ergeben, dass sich Lipp schon mehrmals in psychiatrischer Behandlung befunden hatte. Toller schreibt: „Zweifelloos, Lipp ist wahnsinnig geworden. Wir beschließen, ihn sofort in eine Heilanstalt zu überführen. Um Aufsehen in der Öffentlichkeit zu vermeiden, muss er freiwillig seinen Rücktritt erklären.“ Dr. Lipp wird seinen Rücktritt mit den Worten: „Was tue ich nicht für die Revolution“ unterschreiben. Damit ist die Fehlbesetzung mit dem psychisch kranken Außenminister, der den Anforderungen



an sein Amt nicht gewachsen ist, schnell erledigt worden. Dennoch wird sich der Fehlgriff bei der Besetzung des Postens als schwerer Schlag für das Ansehen der Räterepublik erweisen.

10. April 1919 – Einsetzung von Revolutionstribunalen bekanntgegeben

München * Der Revolutionäre Zentralrat gibt die Einsetzung von Revolutionstribunalen und deren Zusammensetzung bekannt. Der Name erinnert an die blutige Zeit der Französischen Revolution, doch hier wird kein einziges Todesurteil gesprochen werden, im Gegenteil, die meisten Prozesse enden mit einem Freispruch. Die höchste Strafe sind eineinhalb Jahre Gefängnis, die höchste Geldbuße beträgt 5.000 Mark. Die Revolutionstribunale bestehen aus vier Gerichten, die in Permanenz, also Tag und Nacht tagen. Jedes Gericht besteht aus sieben Richtern und einem Juristen als Beisitzer. Hinzu kommt ein Verteidiger, den der/die Angeklagte selbst wählen darf. Die Verhandlungen sind öffentlich, die Urteile werden sofort vollstreckt. Von den 28 Richtern gehören je fünf der SPD, der USPD, der KPD und dem Bauernbund an. Vier Richter sind Mitglieder des Revolutionären Arbeiterrats, vier weitere den parteilosen Anarchisten.

10. April 1919 – Der Provisorische Zentralrat tritt zurück

München * Der in der Nacht zuvor gewählte 20-köpfige provisorische Zentralrat tritt wieder zurück. Dafür wählt jetzt der Rat Revolutionärer Betriebsobleute und Revolutionärer Soldatenvertreter eine zehnköpfige Abordnung, darunter Eugen Leviné und Max Levien, die mit beratender Stimme an den Sitzungen des Revolutionären Zentralrats teilnehmen sollen.

10. April 1919 – Gegenrevolutionärer Truppenverbände ziehen in Ingolstadt ein

Ingolstadt * Der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, und das Freikorps Epp, mit Franz Xaver Ritter von Epp an der Spitze gegenrevolutionärer Truppenverbände, ziehen in Ingolstadt ein.

10. April 1919 – Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten

München * Ernst Toller redet im Hofbräuhaus vor den Betriebsräten. Er erklärt zu der am Vorabend vom Rat der Revolutionären Betriebsobleute und vom Rat der



Revolutionären Soldatenvertreter beschlossenen sofortigen Abdankung des Zentralrats und seiner eigenen Einsetzung als Träger der gesamten Gewalt, dass die Kommunisten aus wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen nicht in der Lage sind, die Herrschaft anzutreten und auf Dauer zu behaupten und der Bauernrat einer kommunistischen Räterepublik jede Unterstützung verweigern würde.

11. April 1919 – Entwaffnung der Bourgeoisie angeordnet

München * Um 19 Uhr ordnet der Revolutionäre Zentralrat (Ernst Toller) die Entwaffnung der Bourgeoisie an. Die bürgerliche Bevölkerung muss innerhalb von 24 Stunden die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abliefern. Toller veranlasst auch die Entwaffnung der Polizei. Er befürchtet, dass die Beamten, die bereits im Königreich ihren Dienst verrichtet haben, sich bei einer Gegenrevolution auf die Seite der Putschisten stellen werden.

11. April 1919 – Der Revolutionäre Zentralrat wird erweitert

München * Der Revolutionäre Zentralrat hat jetzt zehn neue Mitglieder: die am Tag zuvor gewählte Abordnung des Rats Revolutionärer Betriebsobleute und Revolutionärer Soldatenvertreter. Die Neuen lehnen ein Stimmrecht und die Verantwortung für die Maßnahmen des Zentralrats ab.

11. April 1919 – Die Freilassung aller Kriegsgefangenen beschlossen

München * Ernst Toller und der Revolutionäre Zentralrat veranlassen die Freilassung aller Kriegsgefangenen. Sie sollen nicht durch erneute Kampfhandlungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie können sich ab sofort frei bewegen und dürfen den Freistaat Bayern verlassen.

12. April 1919 – Ebert fordert die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern

Berlin - Bamberg * In einem drängenden Telegramm fordert Reichspräsident Friedrich Ebert vom bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, dass „die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern baldigst erfolgt, zumal da nach neueren mir zugegangenen Nachrichten aus München man dort anfängt, sich an die Räteregierung zu gewöhnen. Wenn die wirtschaftlichen



Maßnahmen, welche Sie in Aussicht genommen haben, nicht in kürzester Zeit zum Ziel führen, erscheint mir als einzige Lösung militärisches Vorgehen. Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, um so weniger Widerstand und Blutvergießen zu erwarten ist, hat uns die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.“ Damit ist das Schicksal der bayerischen Revolution besiegelt. Eine Niederschlagung nach dem Beispiel des Spartakus-Aufstandes in Berlin ist naheliegend. Unter dem Druck aus Berlin gibt Bayerns Ministerpräsident Hoffmann nach. Nun wird auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie das auf Reichsebene bereits erprobte: Der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten Kräften, um der Linken Herr zu werden. Militärminister Ernst Schnepfenhorst wird beauftragt, bayerische Freiwilligenverbände aufzustellen. Ministerpräsident Hoffmann bittet Berlin telefonisch um Verstärkungen. Die Reichstruppen dürfen in Bayern einmarschieren. Auch das von dem bayerischen Oberst Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf gebildete Freikorps wird gegen München in Marsch gesetzt. Während aus dem Westen württembergische Truppen anrücken, sammeln sich im Süden die Freikorps. Rund 30.000 Mann sind im Anmarsch, als sich der Ring um München schließt. Für die Rote Armee wird der Kampf gegen die an Zahl, Ausrüstung und Professionalität überlegenen Weißen nicht mehr zu gewinnen sein.

12. April 1919 – Der Zentralrat bestimmt den Inhalt der Bayerischen Kurier

München * Der konservative Bayerische Kurier gibt seinen Lesern bekannt: „Nach neuerlicher Anordnung des Revolutionären Zentralrats wird der gesamte Inhalt des ‚Bayer. Kurier‘ von der Presseabteilung des Revolutionären Zentralrats bestimmt. Das Blatt hat auch den gesamten Raum dem Revolutionären Zentralrat zur Verfügung zu stellen.“

12. April 1919 – Gustav Landauer gibt einen zuversichtlichen Lagebericht ab

München-Maxvorstadt * Auf einer Sitzung des Revolutionären Zentralrats über die politische, militärische und wirtschaftliche Situation der Räterepublik gibt Gustav Landauer einen zuversichtlichen Bericht über die derzeitige Lage ab.

13. April 1919 – Der Palmsonntag-Putsch scheint geglückt

München * Um 9 Uhr treffen sich Vertreter der gemäßigten Parteien beim Kommandanten der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, zu einer Lagebesprechung. Sie wenden sich gegen dessen Forderung nach Standrecht und Militärdiktatur. Am Vormittag des Palmsonntags



scheint der Handstreich geglückt. Doch während in der ganzen Stadt die Absetzung des Revolutionären Zentralrats und die Rückkehr der Regierung plakatiert wird, rufen die Anhänger der Räterepublik zum Widerstand auf. Erste Schüsse fallen.

13. April 1919 – Die Zweite oder Kommunistische Räterepublik wird ausgerufen

München-Graggenau * Noch während der Kämpfe am Hauptbahnhof kommen im Hofbräuhaus die Betriebs- und Soldatenräte zusammen. Sie rufen die Zweite Räterepublik oder Kommunistische Räterepublik aus, erklären den Revolutionären Zentralrat für abgesetzt und übertragen die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt einem 15-köpfigen Aktionsausschuss. Das Gremium, bestehend aus Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten. Dieses wählt einen fünfköpfigen Vollzugsrat, dem unter dem Vorsitz von Eugen Leviné, KPD, Wilhelm Duske und Emil Maenner von der USPD sowie Willi Budich und Max Levien von der KPD angehören. Stadtkommandant wird der 23-jährige Rudolf Egelhofer. Levinés Schritt widerspricht der Lagebeurteilung der Berliner KPD-Parteizentrale, die seit den Januarereignissen vor politischen Abenteuern warnt. es wird spätere parteiinterne Kontroversen zur Folge haben.

13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird



verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

13. April 1919 – Flugblätter verkünden: Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat!

München * Der Generalstreik wird für den nächsten Tag ausgerufen und bürgerliche Zeitungen mit einem Erscheinungsverbot belegt. Flugblätter verkünden: „Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat! Es lebe die Weltrevolution!“

15. April 1919 – Ein Revolutionärer Zentralschülerrat wird gegründet

München * Ein Revolutionärer Zentralschülerrat, bestehend aus Schülern der Münchner Mittelschulen, wird gegründet.

15. April 1919 – Nummer 1 der „Mitteilungen“ erscheint

München * Nummer 1 der Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte erscheint. Eugen Leviné schreibt darin die folgenden Zeilen zu der ins Stocken geratenen Revolution in Deutschland: „München ist heute eine revolutionäre Insel mitten in einem schwarzen Meere. Aber die revolutionäre Flut steigt. In Revolutionszeiten kommt jede Stunde einem Monat gleich. Die Massen lernen mit jedem Tag immer mehr ihre wirklichen Ziele kennen und schlagen sich auf unsere Seite.“

16. April 1919 – Der Goldvorrat der Reichsbank wird beschlagnahmt

München * Auf Anordnung des Revolutionären Bankrats werden die Safes der Münchner Banken geöffnet. Der Gold- und Papiergeldvorrat der Reichsbank wird beschlagnahmt. Der Volksbeauftragte für das Finanzwesen, Emil K. Maenner, empfindet die Beschlagnahme der Stahlkammern in den Banken als „politischen Diebstahl“.

18. April 1919 – Victor Klemperer beschreibt Gustav Landauer



München * Victor Klemperer, der für die Münchner Räterepublik nicht das Geringste übrig hat und die Ereignisse als Tragikomödie betrachtet, schreibt in sein Revolutionstagebuch. „Gestern nachmittag lernte ich Gustav Landauer kennen, der einige Tage das Schicksal und speziell das geistige Schicksal Münchens – er selbst hoffte: Bayerns – bedeutet hat. Nur die lang herabfallenden Haare verrieten den Sonderling: sonst macht der hagere Mann mit dem ergrauenden Vollbart einen völlig kultivierten, weder revolutionären noch proletarischen Eindruck; die großen braunen Augen blicken viel eher gütig als fanatisch, Stimme und Ausdrucksweise sind von geschliffener Milde.“

22. April 1919 – Die Auswirkungen des Generalstreiks

München * Der Generalstreik hat natürlich Auswirkungen, die sich spätestens jetzt zeigen. Ernst Toller schreibt: „Kohle fehlt, Geld fehlt, die Lebensmittel werden knapp, bisher lieferten die Bauern täglich 150.000 Liter Milch nach München, jetzt nur noch 17.000 Liter, ein Edikt der Regierung verbietet das Verarbeiten der Milch zu Butter und Käse und bezeichnet es als konterrevolutionäre Handlung.“

23. April 1919 – Die Vorlesungen des Sommersemesters beginnen nicht vor dem 1. Juli

München * Der Revolutionäre Hochschulrat ordnet an, dass die Vorlesungen des Sommersemesters nicht vor dem 1. Juli beginnen.

28. April 1919 – Die Rote Armee ist zur Verteidigung der Diktatur gegründet worden

München * In der KPD-Zeitung Münchener Rote Fahne äußert sich der Chef der Roten Armee, Rudolf Egelhofer, so: „Die Rote Armee wurde gegründet nicht als Instrument der Politik, sondern als Organ der Verteidigung der Diktatur des Proletariats und der Räterepublik gegen die Konterrevolution der weißen Garden. Entsprechend dieser Aufgabe erklärt das Oberkommando, dass es das revolutionäre Proletariat, koste es was es wolle, gegen die weiße Garde verteidigen wird und sich von keiner Seite, auch nicht von den Betriebsräten, zu einem Verrat an der sozialen Revolution wird zwingen lassen“.

29. April 1919 – In Kolbermoor regiert ein Revolutionärer Arbeiterrat



Kolbermoor * In Kolbermoor regiert ein Revolutionärer Arbeiterrat.

29. April 1919 – Die Verwüstungen im Polizeipräsidium gehen weiter

München-Kreuzviertel * Im Polizeipräsidium gehen die Plünderungen und Verwüstungen weiter.

Die Aktenvernichtung im Polizeipräsidium wird von den konservativen und reaktionären Kräften als ein „besonderer Fall von Vandalismus“ bezeichnet und entsprechend politisch bewertet. Der von der Berliner KPD nach München geschickte Karl Retzlaw hat eine völlig andere Sicht auf die Vorgänge: „Doch sprachen wir es auch offen aus, dass es nicht Sache eines Revolutionärs sei, sich dem Henker auszuliefern. Zu den Schutzmaßnahmen gehörte es auch, die Akten des Polizeipräsidiiums zu vernichten. Das Prüfen der Akten würde eine Zeit von Monaten in Anspruch genommen haben, auch das Heraussuchen nur der politischen Akten würde zu lange dauern. Bedenken brauchten nicht zu bestehen, weil kulturell wertvolle Dokumente nicht in Polizeiakten zu finden sind. So war es am zweckmäßigsten, alles zu vernichten. Menschenleben sind wichtiger als bedrucktes Papier. Zwei Tage lang brannten die Akten auf dem zementierten Hof des Polizeipräsidiiums. Wohl an die hundert Helfer aus der Bevölkerung, der Partei und der Roten Armee warfen die Akten aus den Fenstern in die Flammen. Damit retteten wir Hunderten von politisch und antimilitärisch Verdächtigten aus der Zeit der Zusammenbruchsmomente 1918/19 Freiheit und Leben“.

30. April 1919 – 53 russische Kriegsgefangene werden in Pasing festgenommen

Pasing - Lochham * Am Pasinger Bahnhof werden 53 ehemalige russische Kriegsgefangene von Regierungstruppen festgenommen. Die Kriegsgefangenen wurden auf Veranlassung des Revolutionären Zentralrats am 11. April aus der Haft entlassen. Sie konnten sich frei bewegen und durften den Freistaat Bayern verlassen. Aufgrund der Unruhen in ihren Heimatländern war ihnen aber die Rückreise nicht möglich. Deshalb schlossen sie sich, wie viele andere Kriegsgefangene auch, freiwillig den Roten Garden in München an. Nach Kämpfen in Fürstenfeldbruck sind sie - unbewaffnet und aus der Roten Armee entlassen - nach München zurückgekehrt, wo in Pasing die Festnahme erfolgte. Sie werden nach Lochham gebracht.

1. Mai 1919 – Erbitterte Kämpfe in Obergiesing

München-Giesing * Als die Weißen Truppen auf der Tegernseer-Landstraße gegen die rote Hochburg Giesing vorrücken, postiert die Rote Armee auf dem für sie strategisch günstig



gelegenen, 95 Meter hohen Kirchturm der neugotischen Heilig-Kreuz-Kirche ihre Maschinengewehre. Am Giesinger Berg werden die Regierungssoldaten mit MG-Feuer und Handgranaten empfangen. Es folgen erbitterte Straßenschlachten, besonders an der Martin-Luther- und Ichostraße. Eine spezielle Kampfart der Giesinger Roten Armee, durch das Kanalisationssystem hinter die Linien der Feinde zu gelangen, dort aus den Kanaldeckeln herauszuschießen und sofort wieder zu verschwinden, führt dazu, dass es trotz der Überlegenheit der Weißen und des Einsatzes eines Panzerzuges bei der Pilgersheimer Eisenbahnbrücke Tage dauert, bis der Widerstand gebrochen ist. In den Augen der Konterrevolutionäre die „Schmach von Giesing“.

3. Mai 1919 – Der Eisendreher Johann Lehner wird im Schlachthof erschossen

München * Der 18-jährige, an den revolutionären Ereignissen unbeteiligte Eisendreher Johann Lehner wird in einem Bierlokal verhaftet. Auf bloßem Verdacht hin, am Geismord beteiligt gewesen zu sein, wird er von württembergischen Freikorpsoldaten zusammen geschlagen und kurz darauf im Schlachthof erschossen. Anschließend wird seine Leiche von der Kampftruppe ausgeraubt.

17. August 1919 – Ein Volksfest zugunsten der gefallenen Revolutionäre

München-Giesing * Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei - USPD lädt „alle sozialistisch denkenden Männer und Frauen Münchens“ in die Waldrestauration Altstadelheim zu einem „Volks-Fest mit Tanz, Glückshafen, Taubenstechen und Kegelscheiben“ ein. Der Erlös wird „den Hinterbliebenen der gefallenen Revolutionäre“ zufallen.

15. September 1919 – Die demokratische Bayerische Verfassung tritt in Kraft

Freistaat Bayern * Die Verfassung des Freistaats Bayern tritt mit ihrer Veröffentlichung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Freistaats Bayern in Kraft. Sie bildet die Grundlage des bayerischen Staatslebens bis zum Jahr 1933. In Artikel 2 heißt es: Die Staatsgewalt geht von der Gesamtheit des Volkes aus. In Artikel 15 heißt es: Alle Bayern sind gleich. Der bayerische Adel ist aufgehoben. Die Idee der Räterepublik findet trotz der revolutionären Entstehungsgeschichte nur wenig Berücksichtigung. Lediglich die plebiszitären Elemente Volksbegehren und Volksentscheid werden aufgenommen. Der Landtag besitzt die uneingeschränkte Gesetzeshoheit einschließlich der Verfassungsgesetzgebung.



13. März 1920 – Der Kapp-Putsch beginnt

Berlin * Unter der Führung von General Walther von Lüttwitz wird - mit Unterstützung von General Erich Ludendorff - ein konterrevolutionärer Putsch gegen die nach der November-Revolution geschaffene Weimarer Republik versucht. Wolfgang Kapp, der Namensgeber des Putsches, spielt mit seiner Nationalen Vereinigung nur eine untergeordnete Rolle. Gründe für den Putsch sind die Republikfeindlichkeit der Anführer sowie die Frustration vieler früherer Soldaten, die in etwa 120 Freikorps organisiert sind und weil die politischen Generäle nicht gewillt sind, auf die Instrumente ihrer politischen Macht zu verzichten. Der Putschversuch scheitert nach 100 Stunden.

23. Dezember 1937 – Towia Axelrod wird in der UdSSR verhaftet

UdSSR * Towia Axelrod (Tobias Akselrod) wird im Zuge der stalinistischen Säuberungsaktionen wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären terroristischen Organisation verhaftet.
